Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIWOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ **Ist Verwaltung spannend?**
Heiko Rosenthal exklusiv für LN *Seite 3*

■ **„Unterschichten“ und Reserven**
Fakten einer Wertedebatte im Rathaus *Seite 5*

■ **Finsternis über Sachsen**
Astronomieunterricht verschwindet trotz zigtausendfacher Proteste als eigenständiges Fach *Seite 7*

■ **Sicherheit für alle**
LN dokumentiert Auszüge aus Putins Münchner Rede *Seite 8*

■ **Fontane im Leipzig-Krimi**
Lerchen und Löwen nach der Völkerschlacht *Seite 11*

4
2007
1,30 Euro
15. Jahrgang
23. Februar
www.leipzigs-neue.de
Nur 1 Euro im Abo

„Wer nichts waget, der darf nichts hoffen.“

Wallenstein 2007

50 Jahre Leipziger Schauspielhaus

Am 1.März 2007 feiert das Leipziger Schauspielhaus in der Bosestraße seinen 50. Geburtstag. Das von1954 bis 1957 umgebaute ehemalige Centraltheater wurde am 1.März 1957 mit Schillers „Wallenstein“ feierlich eingeweiht. Aus Anlass dieses Jubiläums präsentiert das Ensemble ab 3.März 2007 den Schillerschen Historienstoff in der Lesart von Wolfgang Engel als Feldzug durch Leipzig. LN im Gespräch mit dem Intendanten *Seite 9*

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt,
Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte;
Doch euren Augen soll ihn jetzt die Kunst,
Auch eurem Herzen menschlich näher bringen.
Denn jedes Äußerste führt sie, die alles
Begrenzt und bindet, zur Natur zurück,
Sie sieht den Menschen in des Lebens Drang
Und wälzt die größte Hälfte seiner Schuld
Den unglückseligen Gestirnen zu.

Wallensteins Lager. Prolog.

Wallenstein 1957
Fotos:Arnold /Schauspielhaus

Auf ein Wort bitte

HEINZ STEHR

Vorsitzender der DKP

Antwort finden

2007 begann mit Paukenschlägen nach salbungsvollen Reden des Präsidenten und der Kanzlerin. Die Arbeiterklasse lernt, zumindest partiell, zu pfeifen und nicht nur den Mund zu spitzen. Kolleginnen und Kollegen der IG Metall und von ver.di streiken gegen den von der Bundesregierung beschlossenen Sozialabbau, zur Rente mit 67 und zur Gesundheitspolitik.

Mehr als 70 000 gingen zu den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den Gründern der KPD. Dies ist auch ein Signal für die Zukunftsfähigkeit revolutionärer Politik. Trotz der vor allem durch die Medienmacht verbreiteten Aufschwungsdemagogie wachsen der Frust und die Ablehnung größerer Teile der Bevölkerung gegen die Politik von Kapital und Kabinett, offensichtlich fällt die Regierung Entscheidungen gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung.

Die „Volksparteien" haben kein Mandat für Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau. Mehrheiten fühlen sich nicht von dieser Politik vertreten, dies ist eine politische Krise der herrschenden Politik. Sie wird noch vertieft durch politisch-moralische Skandale wie jener um den Freikauf der Millionärskamarilla um Deutsche-Bank-Chef Ackermann, die Aufdeckung von Korruption und kriminellen Machenschaften des „Industrieadels" bei Siemens, den zum Himmel stinkenden Deal der Justiz mit Peter Hartz.

Anschaulicher als zur Zeit kann wohl kaum bewiesen werden, nach wessen Interessen und Forderungen die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Kapitalismus funktionieren.

Dies wird mehr und mehr wahrgenommen, verstanden und – in Ansätzen – mit Widerstand gegen diese Politik verbunden und führt auch zur Diskussion um Alternativen.

Dennoch, wir sollten nicht übersehen, dass diese Krise zwar auch zu Turbulenzen für die Promis aus Partei und Gesellschaft führt, sie andererseits jedoch auch deutliche Gefahren künftig noch reaktionärerer Verhältnisse signalisiert.

Für gefährliche Entwicklungen steht auch die Krise der CSU. Stoiber ist konservativ und steht für reaktionäre politische Ansichten. Aber auch eine neue CSU-Führung wird versuchen, sich noch mehr zur Speerspitze der Rechtsentwicklung zu formieren. Eine andere politische Richtungsentscheidung ist nicht erkennbar. Auch die fast jährlichen Wechsel der SPD-Vorsitzenden in den letzten Jahren haben den Weg der SPD zu einer zur CDU/CSU auswechselbar agierenden Parteiführung beschleunigt.

In dieser Situation sollten sich links verstehende Parteien und Politikerinnen und Politiker der gesellschaftlichen Verantwortung bewusster werden: Politische Alternativen der Linken sind zwar mehrheitsfähig in der Bevölkerung. Sie durchsetzungsfähig zu machen, ist weitaus schwieriger! Dies ist jedoch die entscheidende Aufgabe dieser Zeit. Bei aller notwendigen Beachtung und Bewertung der Debatten in den Parlamenten auf unterschiedlichen Ebenen bleibt es dabei: Die Durchsetzungsfähigkeit von Alternativen und ein Politikwechsel werden vor allem durch außerparlamentarischen Kampf entschieden. Genau nach dieser Erkenntnis muss auch heute praktisch gehandelt werden. Die Herausforderungen dieser Zeit haben keine sinnvolle politische Alternative zur notwendigen Bündelung aller Kräfte und zur Bildung von gesellschaftlichen Allianzen. Die Vorbereitung und Durchführung der Anti-G8-Aktivitäten in und um Heiligendamm wird ein wichtiger Gradmesser hierfür werden.

Die Durchsetzungsfähigkeit fortschrittlicher Politik erfordert Zukunftskonzepte. Es sollten keine künstlichen Widersprüche zwischen aktuellen politischen Tagesaufgaben, Alternativen und gesellschaftlichen Perspektiven entwickelt werden.

Die DKP will weiter ihren Beitrag dazu leisten. Mit uns zu diskutieren und zu streiten, aber auch zu feiern, laden wir alle Linken herzlich zu unserem Pressefest, dem Volksfest der DKP & UZ, vom 22. bis 24. Juni in Dortmund ein.

Ihr seid nicht allein das Volk!

Erklärung junger Sachsen zur Kampagne gegen den Vorsitzenden der Leipziger Linkspartei, Dr. Volker Külow

LN erreichten dieser Tage aus aktuellem Anlass mehrere Beiträge zum Thema „Hatz auf IM" und Erklärungen von Bürgern, die sich hinter den Linkspartei-Politiker Volker Külow stellen.

Nachfolgendem Text, der von ausschließlich jungen Leuten stammt, schließt sich das gesamte, nicht mehr so junge Kollektiv von Leipzigs Neue an, auch weil wir uns fragen: Wem nützt diese wieder einmal aus dem Hut gezauberte „Stasi"-Kampagne gerade in diesem für die Linke so wichtigen Jahr der Vereinigung mit der WASG? Wem nützt es, dass lange zurückliegende Fakten gerade jetzt veröffentlicht werden? Wer hat ein Interesse daran, diesen erfolgreichen und geachteten Linkspolitiker faktisch über Nacht zur Unperson zu machen?

Erklärung

Zur derzeitigen Kampagne um die Vorwürfe gegen den Vorsitzenden des Stadtverbandes Leipzig der Linkspartei.PDS und Abgeordneten des Sächsischen Landtages Dr. Volker Külow stellen wir fest:

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, sind in der übergroßen Mehrheit Menschen, die in der DDR geboren wurden, dort unsere Kindheit und teils noch unsere frühere Jugend verbrachten.

Wir haben die Ereignisse um die sogenannte Wende, um die Auseinandersetzungen um unbestreitbare Demokratiedefizite, um Vernachlässigung individueller Freiheits- und Bürgerrechte, um die Rolle des MfS, eingebettet in einer generell überzogenen Sicherheitspolitik, eher peripher miterlebt; die Aufarbeitung von Geburts- und Entwicklungsfehlern des Sozialismusmodells der DDR dann schon sehr bewusst.

Heute sind wir Zeitzeugen, unmittelbar Betroffene, einer Tagespolitik, in der der Einsatz staatlicher Machtmittel auch gegen Andersdenkende ebenfalls wieder Alltagserfahrung ist. Wir erleben mit, dass erneut, unter anderen Vorzeichen und mit anderen Bedrohungsszenarien, vom Terrorismus bis zur organisierten Kriminalität, nahezu im Monatstakt neue Sicherheitsgesetze in die Welt kommen, auf deren Grundlage und unter deren Missbrauch unsere Privatsphäre, unsere Freiheit, die Würde unserer Person immer mehr eingeschränkt wird. Wir erleben als Alltagserfahrung, dass Menschen in unserem Umfeld und wir selbst bei politischen Debatten wieder darauf achten, wer dabei ist. Dies im Wissen darum, dass Vertrauenspersonen der Nachrichtendienste und des Staatsschutzes in Initiativen der Montagsdemos, in Friedensinitiativen, in Jugendstrukturen eingeschleust sind. Dieses „Das bereden wir aber nicht am Telefon!" begegnet uns allenthalben. Alles Handlungen und Haltungen im Wissen darum, dass in dieser Republik ausgespäht, abgehört, via Datenaustausch und in sonstiger Weise abgeschöpft, ausgeforscht, erfasst, gespeichert und denunziert wird, was das Zeug hält. Selbst etablierte Medien kritisieren das gelegentlich heftig, vor allem, wenn sie selbst betroffen sind (siehe Fall „Cicero" oder Fall Schommer/INES).

Wir erleben gleichzeitig, dass führenden Vertretern dieses Staates Persönlichkeiten, die in osteuropäischen Ländern zu Sozialismuszeiten als Partei- oder Staatschef, Minister, Geheimdienstchefs selbst ganz persönlich Unterdrückungsverantwortung hatten, für Männerfreundschaften und deutsche Orden ehrenwert genug sind.

Deshalb werden wir nicht hinnehmen, dass die politische Klasse das Recht haben soll, mit Dr. Volker Külow einen ausgewiesenen Antifaschisten aus dem Parlament zu jagen ...

Wir erleben, wie dieser Staat mit Gebärden zwischen blind und hilflos auf einen immer mehr wuchernden Neonazismus reagiert und dass Nazis im Sächsischen Parlament Hitler und das 3. Reich verteidigen und befeiern können, dass Alt- und Neufaschisten als Abgeordnete Munition und Waffen in den Landtag einbringen, ohne dass die Frage aufgeworfen wird, ob derartiges Verhalten für die Wahrnahme eines Landtagsmandats delegitimiert.

Das alles hat mit der Rolle und Funktion der Staatssicherheit in der DDR nichts zu tun.

Das alles nimmt aber der heutigen Politik und all jenen Politikern, Demokraten, auch ehemaligen Bürgerrechtlern, die das mittragen, tolerieren und stillschweigend dulden, jedes Recht, Menschen wie Volker Külow die Ehre abzuschneiden, nur weil sie vor 18, 20 und noch mehr Jahren, auch in vielleicht nicht immer zu rechtfertigender Weise und mit nicht immer zu respektierenden Mitteln ihrem Land dienen wollten. Und dies aus Überzeugung und persönlicher Erfahrung.

Deshalb werden wir nicht hinnehmen, dass die politische Klasse das Recht haben soll, mit Dr. Volker Külow einen ausgewiesenen Antifaschisten aus dem Parlament zu jagen, der seit Jahren rückhaltlos und oft aufopferungsvoll für all jene eingetreten ist, die in der heutigen Gesellschaft wegen Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter oder etwa ihrem Flüchtlingsstatus benachteiligt sind! Ein Parlament im Übrigen, mit dessen mehrheitlicher Duldung oder Förderung in diesem Land Korruption, Machtmissbrauch, Denunziation, politische Ämterschacher und eben Überwachungsstaatgehabe an der Tagesordnung sind.

(Es folgen mehr als 30 Unterschriften)

Argus

Aula oder Kirche?

Worum es wirklich geht

Mal amüsiert, mal kopfschüttelnd verfolgt Argus seit längerem jene, gelegentlich in Amokläufe ausartende Kapriolen des obskuren Paulinervereins, der entgegen aller Vernunft unbedingt ein Stück Mittelalter wieder in Leipzigs Universitäts-Neubau einpflanzen möchte.

Zu Argus Amüsement trägt nicht wenig so mancher Name von „Paulinern" bei, die ihm aus DDR-Zeiten wohlbekannt sind. Und nicht nur ihre Namen sind ihm im Gedächtnis geblieben, sondern auch, wie sie das sozialistische Panier hochhielten und es ihnen oft gar nicht kommunistisch genug war, was da oben in Berlin am Werderschen Markt beschlossen wurde.

Gar nicht mehr lustig hingegen findet Argus, was sich neuerdings in dem Streit Aula oder Kirche auftut. Nunmehr haben sich auch Pfarrer der Innenstadt zu Wort gemeldet und verlangen, „dass sich die Universität zur Universitätskirche als geistlichem Zentrum bekennt", „als notwendiger Teil des Wissenschaftsbetriebs im 21. Jahrhundert". Sic! Da wird die Katze aus dem Sack gelassen – nicht die Kirche als solche ist ihre Forderung, sondern die Rückkehr der Religion als weltanschauliches Fundament der Universität. Anders gesagt – sie wollen die säkularisierte Universität wieder christianisieren.

Argus meint, dass diesem Ansinnen sich zu widersetzen im 21. Jahrhundert ein Gebot der Stunde ist – im Interesse einer der Aufklärung verpflichteten Wissenschaft.

Linke nicht erwünscht

LN. Auch die bereits 43. Konferenz für Sicherheitspolitik, die wie alle Jahre Regierungs-, Wirtschafts- und Militärvertreter an den Konferenzort Bayrischer Hof mitten in München einlud, fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dennoch sind die deutschen Steuerzahler mit 323 000 Euro dabei. Örtliche Polizei, Bundespolizei, Feldjäger gibt es nicht zum Nulltarif. Der Einsatz von Bundeswehr schlägt zudem mit über einer halben Million Euro zu Buche.

Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE, immerhin von über vier Millionen Bundesbürgern gewählt, wurde eine Einladung zu dieser Konferenz verweigert, während alle anderen Fraktionen des Deutschen Bundestags vertreten waren. – Demokratie hier und heute. *Siehe Seite 8*

LN-Exclusiv- im Gespräch mit Heiko Rosenthal. Beigeordneter für das Dezernat Umwelt, Ordnung und Sport.

Ist Verwaltung spannend?

● **Wann sagt Bürgermeister Heiko Rosenthal seinen Mitarbeitern „Guten Morgen“ ?**
Ich beginne um neun Uhr und gegen 22 Uhr trabe ich aus dem Rathaus. Am Freitag auch schon mal gegen 20 Uhr. Eher anfangen bringt nicht viel, denn ich bin ein kleiner Morgenmuffel. Am Wochenende sind dann Termine im Sport und bei den Kleingärtnern und beim Anglerverband. Und die möchten schon mal von ihrem Bürgermeister ein Grußwort haben. Ich sage da auch nicht ab, und so geht meine Freizeit derzeit gegen Null.

● **Die Fraktion der Grünen nennt Sie Umweltbürgermeister, für viele Wähler der Linkspartei sind sie angetreten, Nazidemonstrationen zu verhindern, andere sehen in Ihnen den Mann für Sport- und Spielplätze. Haben Sie als Schüler einen Spagat hinbekommen?**
Ich hab’s nie probiert. Jetzt im Neuen Rathaus probiere ich es theoretisch Es dauert zunächst ein halbes Jahr, bis man all das, was hier im Dezernat wichtig ist, kennengelernt hat, um zu urteilen. Ich habe mir sehr frühzeitig von meinen Ämtern die Aufgabenschwerpunkte zuarbeiten lassen. Aber: Man steckt anfangs nicht im Detail. Und ich erreiche jetzt die Phase mich selbst einzubringen und Absichten umzusetzen. Ich bin Bürgermeister für alle Leipziger, das ist schon aufregend.

● **Wirklich?**
Na klar. Was es allein an unterschiedlichen Sportarten und Vereinen gibt. Und ich habe da jetzt den direkten Zugriff, indem ich entscheide und sehe, dass das auch bei Leuten ankommt. Das macht mir Freude. Der weite Umweltbereich ist sehr anspruchsvoll. Wo die Fraktion der Grünen und die vielen Vereine, vom Ökolöwen angefangen, natürlich auch sehr genau hinschauen. Es gibt eine Erwartungshaltung. Und die ist bei einem Beigeordneten der Linkspartei natürlich immer ein Quentchen größer.

● **Und dann kommt die Auseinandersetzung?**
Man ist zwar Verwaltung, aber ich nehme den ehrenamtlichen Stadtrat, das Parteienspektrum und die Sitzungen sehr ernst, wenn einen da einer „kitzelt“ oder als Bürgermeister angreift. Insofern sind solche Situationen im Parlament nicht unkritisch, aber ich bin mir sicher, dass das, was ich an Argumenten vorbringe, korrekt ist.

● **Stichwort Fußball. Können Sie das noch hören?**
Es hat sich jetzt etwas beruhigt. Das runde Leder beschäftigt mich seit dem ersten Tag hier in der Verwaltung. Da gehört Lok Leipzig dazu, aber auch die Fanprojekte. Dass es dieser Tage so eskalierte, war für alle entsetzlich. Ich bin trotzdem optimistisch, dass wir das anders hinkriegen werden und müssen. Mit dem Fußball-Fanprojekt und mit dem gemeinsamen Katalog, an dem auch die Polizei beteiligt war. Wohl wissend, dass sich dahinter ein fundamentales Problem verbirgt. Auch ich als Fachbeigeordneter kann es nicht allein lösen. Das ist schon eine gesellschaftliche Aufgabe, da sind wir alle gefragt. Der Verein, der seiner Verantwortung gerecht werden muss, wenn einige Chaoten fünftausend andere Fans gewissermaßen „in Haftung“ nehmen. Die Polizei, die nicht einfach am Vereinsgelände mit der Kontrolle aufhören darf.
Der Rat hatte schon im November den Beschluss gefasst, eine zweite Personalstelle für Fan-Projekte einzurichten. Und da werden wir in diesem Jahr dreißigtausend Euro mehr zur Verfügung stellen.

● **Was halten Sie von Spielen ohne Publikum?**
Das hat einen bitteren Beigeschmack. Diese Gewaltorgie hatte rein gar nichts mit der Masse der Lok-Fans zu tun. Es ist bekannt, dass aus der ganzen Bunderepublik Hooligans angereist waren. Und ich meine, man würde dieses Problem nur zu anderen Sportarten verlagern. Auch ganz aus der Sportszene raus in die Innenstädte, an Punkte, wo Krawallmacher die Aufmerksamkeit bekommen, die sie möchten. Spiele vor leeren Rängen sind kein Allheilmittel.

● **Bestraft würden alle ...**
Bei Lok gibt es eine Nachwuchsarbeit mit immerhin 350 Kindern und Jugendlichen. Da darf man nicht pauschal den Stab brechen.

● **Woher nehmen Sie ihre Ruhe, und woher die Kraft ?**
Die Kraft, naja, ich übe mein Amt sehr gerne aus. Es gibt täglich neue Erkenntisse. Es ist für mich eine neue Dimension des Tätigseins. Bisher kannte ich nur das Angestelltenverhältnis und jetzt kann ich Dinge bewegen und Verantwortung übernehmen. Die Ruhe kommt vielleicht daher, dass ich jemand bin, der sich mit allem ausführlich auseinandersetzt. Ich gehe nicht oberflächlich über Dinge hinweg. Und: Ich bin Mitglied der Linkspartei PDS und sehe dieses Amt auch als Sieg für die Partei und Fraktion, hier im Rathaus einen Beigeordneten zu haben. Man darf im Podium auch keine Schwäche ausstrahlen, denn darauf wartet ja auch mancher im Stadtrat. Man ist ständig unter Beobachtung

● **Und muss immer mit einem freundlichen Blick durch die weiten Rathausgänge laufen?**
Das ist wirklich nicht einfach, aber es muss sein.

● **Wie ist denn der Rückhalt in der Fraktion der Linkspartei?**
Sie ist meine Hausmacht, wohin ich mich auch mal zurückziehe. Somit muss die Fraktion mir auch den Rücken stärken. Dass wir gemeinsame Themen voranbringen, dass wir im Gespräch den Konsens suchen, aber auch den Dissenz tragen. An einem Strang ziehen. Es ist ein Geben und Nehmen. Ich bin neu in Leipzig. Ich kannte in der Parteiszene kaum jemanden. Das hat sich natürlich geändert. Wir sind auf dem Weg, aber das kann noch ein wenig Intensivierung vertragen. Von beiden Seiten.

● **Sie stellen sich am 1. März einer Diskussion „Nazidemonstrationen in Leipzig“. Warum?**
Worch hat bekanntlich seine Demonstration für den 1. Mai abgesagt. Aber, es gibt eine angemeldete Demo für den 3. Oktober und darüber hinaus bis ins Jahr 2014. Und auch wir wissen noch nicht, was am 1. Mai trotzdem stattfindet. Als Ordnungsbürgermeister reagiere ich in erster Linie auf diese Anmeldungen. Das heißt nicht, dass ich eine Genehmigung erteile. Ich frage, was ist der konkrete Versammlungsinhalt, wie soll die Versammlung ablaufen, was kann versammlungsrechtlich beauflagt werden. Das ist meine Aufgabe, rechtssicher alles abzuklopfen, und den Oberbürgermeister in die Lage zu versetzen, eine Entscheidung zu treffen, die verwaltungsrechtlich korrekt ist.

● **Rechtsextreme Aufmärsche dulden ?**
Das ist eine sehr politische Frage, die muss der Oberbürgermeister erst einmal für sich selbst beantworten. Als Fachbeigeordneter kann ich nicht vom OB abweichen. Ich sehe mich nun eher in der Rolle, auch durch unsere Partei aufzuklären: Was haben wir für Handlungsspielräume? Wie kann man die friedlichen Gegendemonstranten unterstützen? Ich kann leider nicht mit der Keule auf den Tisch hauen und sagen: Worch bleib zu Hause ...

● **Das wird aber von einigen erwartet ...**
Dann sage ich auch deutlich, dass ich das nicht leisten kann. Das kann niemand leisten, der hier an dieser Stelle sitzt. Ich verstehe auch, dass man den letzten Satz vielleicht nur schwer akzeptiert. Ich weiß auch, dass der Rechtsextremismus in Leipzig ein so wichtiges Thema ist, mit dem man sich nicht ohne weiteres abfinden darf. Dort müssen einfach die Linkspartei, der Stadtverband, die einzelnen Gruppen aktiver sein in ihrer Rechtewahrnehmung. Dann können sie auch eine Unterstützung von mir bekommen. Übrigens hat mein Referent eine hervorragende Diplomarbeit zum Thema „Worch“ geschrieben. Ich bin wirklich dabei zu prüfen, alle Möglichkeiten auszureizen. Auch darum stelle ich mich am 1. März der ganz sicher nicht einfachen Diskussion im Erich- Zeigner- Haus.

● **1 200 Mitarbeiter der Verwaltung unterstehen Ihnen, mit wem duzen sie sich?**
Mit niemandem. Das liegt an der Arbeitsebene.

● **Was ist eigentlich das Spannende an Verwaltung***?*
Ich habe so vieles in der Hand. Die Bürger erwarten aus der Verwaltung Impulse, wie sich Gesellschaft entwickelt, wie sich Stadtteile entwickeln, wie sich das ganze Leben um mich perspektivisch entwickelt. Dass ich Bürgern, wenn sie ein Problem haben, helfen kann. Und auch, wenn Leipziger meine Entscheidungen kritisch sehen, ich dann versuche, sie zu überzeugen, warum das so ist. Ich als Jurist sage, es gibt nicht nur Regelungen, um die Leute zu gängeln, sondern sie sind auch da, damit das Leben funktioniert. Da gibt es Spielräume, die ich nutze. Es macht mir Freude, Einfluss zu nehmen. Das war bei mir schon immer so ...

● **Nimmt der junge Bürgermeister Akten mit nach Hause?**
Ich hatte mir vorgenommen, es nicht zu tun. Na ja, im Tagesablauf bin ich noch nicht so perfekt.

● **Ich gebe einen Halbsatz vor, und Sie beenden ihn bitte. Leipzig ist für mich...**
... die wichtigste Stadt in Ostdeutschland neben Berlin, die ihrer Verantwortung gerecht werden muss, nicht nur für die Leipzigerinnen und Leipziger, sondern für die ganze Region und wo es soviel Potential gibt, dass alle, Bürger und Verwaltung, beim Nutzen noch aktiver werden müssen.

• DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MICHAEL ZOCK

Leider kein Kinderspiel ...

Das Schkeuditzer Flugwesen entwickelt sich

Heute ist es nicht mehr so populär, das Kinderspiel: „Alles was Flügel hat, fliegt hoch in die Luft...“. Enten fliegen, Bienen fliegen, Häuser fliegen? Dann der schrille Schrei, weil Letzteres der kindlichen Erfahrung widerspricht. Andererseit lernen die Erwachsenen: Nichts ist unmöglich und die Realität des Schkeuditzer Flugwesens hat sich bekanntlich auch weiterentwickelt. Nicht als Kinderspiel sondern als Kriegspiel, wenn vom Airport im Dunkel der Nacht amerikanische Soldaten und Gerätschaften in alle Richtungen fliegen.Was steigt da auf vor den Toren Leipzigs und Halles? Dieser Frage stellte sich das gemeinsame friedenspolitische Forum von Linkspartei und Friedenszentrum e.V. kürzlich – hoch oben – in der fünften Etage des Volkshauses.

Lutz Metzger (AG Flughafen natofrei), Michael Teske (IG Nachtflugverbot),Wolfgang Gehrke (außenpolitischer Sprecher der Linken im Bundestag), Christel Hartinger (Leipziger Friedenszentrum) und Volker Külow (Linkspartei.PDS) diskutierten zwei Stunden mit Leipzigern und Schkeuditzern über militärische Landebahnen, politische Lügen und kriegerische Logistik.

„Die Bürger müssen erfahren, was da geschieht, an Vermischung von zivilen und militärischen Flügen, wenn Schkeuditz Stück für Stück mit Steuermitteln zu einer explosiven militärischen Drehscheibe ausgebaut wird.“, betonte Wolfgang Gehrke. Und er machte die zahlreichen Zuhörer auf die Feinheiten der politischen Verneblungstaktik aufmerksam, wenn die entsprechenden Minister zunehmend den Begriff „Landesverteidigung“ durch „Interessenvertretung“ ersetzen. Das ist ein höchst gefährlicher Sinnenwandel. Parallel dazu läuft eine Kampagne, dass die Bundeswehr am Hindukusch nur Aufklärungsflüge betreibe. Unterschlagen wird dabei die eingebaute hochqualifizierte Fototechnik, welche nur dann Sinn macht, wenn mit ihrer Hilfe die späteren Ziele für Bombenabwürfe geortet werden können. Somit steckt Deutschland mittendrin in einem Krieg um Interessen und Öl mit unabsehbaren Folgen. „Wozu braucht Schkeuditz eine neue Landebahn?“ fragte Lutz Metzger. Und er verwies auf die Riesenkisten die da starten und landen und in denen mühelos Panzer und Hubschrauber reinpassen und offenbar auch drin sind.Wenn aufgebrachte und interessierte Bürger anfragen lautet die stereotype Antwort: Das ist geheim!

Viele dieser Gefahren und Zusammenhänge sind in ihrer Tragweite nur einem kleinen Teil der Anwohner bekannt. Und viele durchschauen noch nicht die Mär von den angeblich gewonnenen Arbeitsplätzen. Die stellen sich zunehmend als Teilzeitjobs heraus, von denen niemand leben kann. „Wir müssen mit unseren Aktivitäten an das berechtigte Sicherheitsbedürfnis der Bürger anknüpfen. Und auch mal schockieren. Vielleicht mit einer Flusgblattaktion während eines Gewandhauskonzertes“, war an diesem Abend zu vernehmen. Auch der Ostermarsch darf den Flughaufen Sckeuditz nicht umgehen.

Sowohl der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrke als auch der Landtagsabgeordnete Volker Külow betonten die Wichtigkeit des Zusammengehens von Schkeuditzer und Leipziger Bürgerinitiativen mit den Möglichkeiten, die gewählte Parlamentarier in den Ausschüssen im oftmals für die Bürger schwer durchschaubaren Poltikbetrieb haben. Auch namentliche Abstimmungen machen bei diesen Fragen für viele der Anwesenden Sinn. „So kann ich besser nachvollziehen, wofür der Mann oder die Frau steht, denen ich meine Stimme gegeben haben“ – war zu vernehmen. Anonymität des Poltikbetriebes darf bei diesen Themen nicht mehr zugelassen werden. „Die Linke steht in diesen Fragen nicht allein“ betonte Wolfgang Gehrke, als die Teilnehmer des Abends sich anschickten, per Fahrstuhl wieder auf Straßenhöhe zu landen. • JO.

Schlecht „gebrühlt“...

.. .auf so eine nichtdudengerechte Wortschöpfung im Zeichen des Leipziger Löwen mussten all jene kommen, die als Zaungast auf den Besucherrängen des Neuen Rathauses im Februar die Diskusion um die „Jahrhundertlösung“ verfolgten. Ja, so hoch hängt die Messlatte für die künftige Brühl-Architektur. Die Nerven lagen blank bei den Diskutierern an diesem Tag, das war unüberhörbar. Gereiztheit und Unsicherheit beim Stadtoberhaupt, ob denn alles rechtens sei (juristisch versteht sich) zog den ohnehin viel zu weit nach hinten gezogenen – äußerst wichtigen – Diskussionspunkt in die Länge und sorgte für Zwangspausen und Ermüdungserscheinungen. Selbst die besser informierten Stadträte unten im Saal reagieren aufgebracht, wie die Fraktionvorsitzende der Linken Ilse Lauter: „Es ist das eingetreten, was zu erwarten war. Nach einer schlecht vorbereiteten und chaotischen Sitzung im Stadtrat, weiß niemand so richtig, was eigentlich zur Bebauung des Brühlareals beschlossen wurde.“

Die anwesenden Leipziger auf der Besuchertribühne verließen an jenem Abend kopfschüttelnd und skeptisch das Haus. Hoffentlich nicht mit der Erkenntnis, es hat ja alles doch keinen Sinn. Nachfragen ist notwendig beim nächsten öffentlichen „Brühl“-Termin.

Das meint ...

Euer Lipsius

Gerade Zahlen und schiefe Vergleiche

Wer in diesem Tagen Leipzigs Tageszeitungen aufschlug wurde in verbale Zweikämpfe verwickelt. Und obwohl Kultur drüber stand, ging es zu, wie beim Schlagabtausch im Ring.

„Schauspiel geht auf Rathaus los“, die eine Überschrift, „Drama schlägt Lama“ die andere. Und im übrigen wurde dem verunsicherten Leser mitgeteilt, das „Leipzigs Hochkulturbosse“ (Wer sich da angesprochen fühlen sollte, weiß ich nicht) endlich begreifen müssen, dass sie das Geld anderer Leute verwalten. Eine tolle Erkenntnis.

Hintergrund der ganzen Aufregung: Statistiker haben wieder einmal gezählt und festgeschrieben, dass Leipzigs Musentempel über 35 Prozent weniger Besucher haben. Und gleichzeitig wird vorgerechnet, was Kultur den Steuerzahler kostet und „ein theatralischer Nebenkriegsschauplatz“ wird eröffnet. Alle großen Musentempel haben Schulden, nur der Zoo ist laut dieser Lesart „Besucherliebling“. In diesem Zusammenhang sei die Frage gestattet: Was haben heute Elefanten und Giraffen und Erdmännchen mit Theateraufführungen zu tun. Was soll da mit wem verglichen werden? Sicher, in grauer Vorzeit wurden in England während einer Händel-Aufführung Kühe geschlachtet, aber das ist sehr lange her. Also: Keine „Kabale und Hiebe“ mehr. • MIZO

Splitter aus der Stadtratssitzung

Sicherheit für Garagengemeinschaften

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat einen auf Initiative der Linksfraktion zustande gekommenen Änderungsantrag zur Lösung dieser Problematik. Die Stadt wird in der Regel nicht von ihrem Kündigungsrecht ab 1. 1 2007 Gebrauch machen, sowie den Verkauf von Grund und Boden an die Garagengemeinschaften prüfen und ihnen die Selbstverwaltung der Garagenhöfe einräumen.

Migrantenvertreter im ARGE-Beirat

Gegen die Stimmen der CDU- und der Bürgerfraktion wurde mit großer Mehrheit ein Antrag von SPD, Linksfraktion.PDS und Bündnis 90/Grüne bestätigt, wonach zukünftig auch ein Migrantenvertreter dem ARGE-Beirat von Stadt und Arbeitsagentur angehört.

Bürgerforum zur Umleitung in Schleußig

Auf Anfrage von Bündnis 90/Grüne teilte Baubürgermeister zur Nedden mit, dass am 28. Februar die Bauplanungen zur Sanierung der Brücke in der Antonienstraße und die daraus folgenden Umleitungen erläutert werden. Der Einwand von Bürgern und PDS-Stadträten, wonach eine Umleitung über die Holbeinstraße nicht nur eine große Belastung für die Anwohner ist, sondern auch dem Pflasterbelag den „Rest gibt“, wird offenbar berücksichtigt.

Sanierung Kleinmesseplatz beginnt

Einstimmig beschloss der Stadtrat, dass 2007 mit der Sanierung der unterirdischen Versorgungsnetze die mehrjährige Erneuerung des Kleinmessegeländes beginnt. Damit wurde gleichzeitig schon ein Haushaltsantrag der Linksfraktion.PDS erfüllt.

Einmalzahlung bei Kauf der Musikschule

Bei wenigen Gegenstimmen beschloss der Stadtrat erneut – nunmehr aber ohne Raten bei Einmalzahlung - den Kauf der Musikschule in der Petersstraße, da es EU-rechtliche Hinderungsgründe gegen eine mehrjährige Ratenzahlung gibt.

„Unterschichten“ und Reservestühle

Fakten einer theoretische Wertedebatte im Neuen Rathaus

Seit Monaten geistern Begriffe durch das Land. Am häufgsten die so genannte „Unterschicht“ in Bezug auf eine soziologische Studie, die Infratest im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführte. Vor einem Jahr wurden darin 3 000 wahlberechtigte Deutsche zu Reformen im Lande befragt. Computergestützt und anonym.
Ein übervoller Leipziger Ratsplenarsaal, der allen Interessierten nur durch herbeigeschaffte Ersatzstühle Platz bot, sorgte für Spannung und Erwartung Der engagierte Moderator, EX-OBM Lehmann-Grube, beruhigte zunächst die Gemüter: „Es gehe heute nicht um Diskussion, sondern nur um Information. Zumal die Studie noch nicht vorliegt.“ Dr. Rita Müller-Hilmer, von Infratest, betonte zunächst, „dass der Begriff ‚Unterschicht' in ihrer Arbeit nicht vorkomme. Sie habe dieses Unwort weder benutzt noch gedacht.“ Die Soziologin beschrieb an diesem Abend trotzdem das Bild einer„Drei-Drittel-Gesellschhaft“ in Deutschland.
*Wie stellt die sich laut Forschungsstudie dar? Die Menschen im oberen Drittel haben recht gesicherte Chancen und Perspektiven. Allerdings ist dieses Drittel politisch gespalten zwischen eher linksliberalen (*kritische Bildungseliten, engagiertes Bürgertum*) und linkskonservativen* (leistungsindividualisten, etablierte Leitungsträger) *Gruppen. In der Mitte der Gesellschaft ist die Verunsicherung längst angekommen. Im „unteren Bereich“* (selbstgenügsame Traditionalisten, autoritätsorientierte Geringqualifizierte) *wächst die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Realitiät und die Gefahr der sozialen Abkopplung* (abgehängtes Prekariat) *Aber allen – so belegt es die Studie – sind Grundwerte wie „soziale Gerechtigkeit“ besonders wichtig. Folgende soziale Schieflage darf dabei nicht unterschlagen werden. Das „Abgehängte Prekariat“ ist laut Untersuchungsergebnissen in den alten Bundesländern mit vier Prozent und in den neuen Bundesländern mit 25 Prozent vertreten. Verbunden mit sozialen Unsicherheiten und Zukunftspessimismus (Letzterer ist laut Studie nicht an untere Bildungsschichten gebunden).*
P.S. Nicht die Bezeichnung eines Zustandes ist beschämend, sondern der Zustand selbst. **• JO.**

Die politischen Typen der Studie und deren Wertevorstellungen

- Die **Leistungsindividualisten** (11 % Anteil an der Wahlbevölkerung) sind Gegmer staatlicher Eingriffe und wollen eine Gesellschaft, die sich am Leistungsprinzip orientiert (überdurchschnittlich FDP-Wähler).
- Die **Etablierten Leistungsträger** (15 %) repräsentieren das kleinstädtisch gehobene (liberal-) konservative Millieu. Leistungsorientiert, elitebewusst (hohe Bindung an Unions-Parteien).
- Die **Kritischen Bildungseliten** (9%) stellen die am weitesten links stehende, jüngste und zugleich qualifizierteste Gruppe dar. Hoher Anteil Partei- und gesellschaftspolitisch Aktiver (vier Fünftel wählen zwischen SPD, Linkspartei.PDS sowie Bündnis 90 /Die Grünen).
- Das **Engagierte Bürgertum** (10%) ist ein weiteres, wenn auch stärker bürgerliches rot-grünes Kernmillieu. Frauen, sowie qualifizierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst, sowie soziokulturelle Berufe sind überdurchschnittlich vertreten (hohe SPD-Sympathien).
- Die **Zufriedenen Aufsteiger** (13%) stehen für eine leistungsorientierte moderne Arbeitnehmermitte. Sie kommen überwiegend aus einfacheren Verhältnissen, nehmen aber nun durch ihren eigenen Aufstieg eine Position in der gesellschaftliche Mitte ein (starke CDU- und schwächere SPD-Bindung).
- Die **Bedrohte Arbeitnehmermitte** (16%) repräsentiert die vor allem (klein-)städtisch und stärker industriell geprägte Arbeitnehmerschaft. (aus Enttäuschung über SPD offen für Linkspartei und abgeschwächt auch für die CDU).
- Die **Selbstgenügsamen Traditionalisten** (11%) sind stark an Konventionen orientiert und wollen einen regulierenden Staat. Der Politik wird wenig Vertrauen entgegengebracht, auch, weil viele Prozesse nicht verstanden werden.
- Die **Autoritätsorientierten Geringqualifizierten** (7%) sind die am stärksten autoritär eingestellte Gruppe.Aus meist einfachen Verhältnissen kommend, wurde ein „Aufstieg im Kleinen“ erreicht (starke SPD-Bindung / Ablehnung der Grünen).
- Das **Abgehängte Prekariat** (8%) ist geprägt von sozialem Ausschluss und Abstiegserfahrungen. Ein hoher Anteil berufsaktiver Altersgruppen, weist den höchsten Anteil an Arbeitslosen auf und ist stark ostdeutsch und männlich dominiert (unzufrieden mit gegenwärtiger Regierung. Viele Nichtwähler aber auch Protestwähler in Linkspartei und rechtsextremen Gruppierungen).

ZITIERT

Politiker sind so erschrocken über die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die wie ein Spiegel ihres Versagens wirkt. Immerhin geht es um nichts Geringeres als eine wachsende Armut in Deutschland, die gepaart mit Perspektivlosigkeit eine wachsende Gefahr für die Demokratie ist.

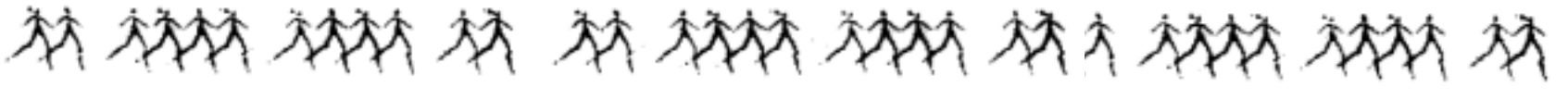
Hans-Joachim Maaz (Leiter der Klinik für Psychotherapie und Psychosomatik am Diakoniewerk in Halle)

FRAUENFRAGEN SIND KEINE EINTAGSFLIEGEN

Über „Brot und Rosen“ unterm Dach

Sonnabend, 17. Februar, gegen zehn Uhr zeigt es sich deutlich – es wird ein Tag, der den nun auch zur rechten Zeit kommenden Frühling hören, sehen, fühlen lässt. Und an solchen ersten hellen Tagen sollten wir draußen unterwegs sein, einen ersten Garten-Rundblick wagen, unterwegs sein im Auwald, an der Pleiße ...
LISA-Frauen aus Aue, Schneeberg, Chemnitz, aus Dresden, aus der Oberlausitz-Region und aus Leipzig treffen sich – da für das Zusammenkommen politischer AktivistInnen meist nur das Wochenende bleibt – im Liebknecht-Haus, in der Braustraße, sitzen unterm Dach noch bei einem leckeren Frühstück am zusammengerückten großen Tisch und tauschen zunächst die für unsere freundschaftliche Verbundenheit so notwendigen Neuigkeiten über die persönliche Arbeitssituation, die beruflichen Chancen der Söhne und Töchter, die schwierige Therapie oder über den tollen Film aus, der allerdings erst sehr spät auf ARTE zu sehen war ...
Gegen 13 Uhr aber sind dann schon wichtige Themenfelder in der oft auch sehr streitbaren Debatte gewesen: Der kurze regionale Überblick über LISA- Angelegenheiten, ihre Öffentlichkeitsarbeit, ihr Kräfteproblem; die Verständigung, die Ideen, die Pläne zum 150. Geburtstag Clara Zetkins, den wir natürlich hier im Sächsischen überall, nicht nur in ihrem Heimatort Wiederau mit angemessenen, aktuell bezogenen Ehrungen im Juli begehen werden (da bleibt vor allem die dortige kleine Gedenkstätte zu unterstützen, zu erneuern ...); der Internationale Frauentag, an dem, so die Idee, rote Nelken an die Schilder aller Strassen, Plätze..., die ihren Namen führen, kommen sollen!
Dann aber fordert das 2. Frauenplenum „Brot und Rosen. Ermutigen und Selbstermächtigen“, das in Hannover am 27./28. Januar stattfand, alle Aufmerksamkeit; Sachinformationen sind weiterzugeben, vor allem aber der erreichte Problemstand ohne Beschönigung für eine produktive Veränderung zu markieren.
Zur Erinnerung: Das 1. Frauenplenum im Rahmen des Partei-Neubildungsprozesses „Die Linke“ fand im April 2006 in Halle statt. Der Zeitpunkt war besonders gewählt: Das Plenum erarbeitete Vorschläge und Anträge, weil nach unserer Erfahrung immer noch ein „unterentwickeltes frauen- und geschlechterpolitisches Problembewusstsein“ überwundenes werden muss. Christel Buchinger vom „Wir-Team“ des Frauenplenums stellt in ihren Anmerkungen zu den „Programmatischen Eckpunkten aus der feministischen ‚Ecke' fest: „Nicht, dass Frauen- oder Geschlechterproblematik nicht vorkommt, aber sie wird behandelt wie in alten Zeiten, als die Frauenfrage ein Nebenwiderspruch war. Die Geschlechterfrage wird zum Frauenproblem gemacht ...“ Von den damals akuten Diskussionen und Entscheidungen stand vor allem die von den Frauen aus allen geographischen und politischen Himmelsrichtungen unterstützte Mindestlohnforderung im Zentrum...
Die erneute Zusammenkunft in Hannover bilanzierte daher einerseits die Wirkung der Fraueninitiative – und da musste leider festgestellt werden, dass der Impuls nicht ausreichend wahrgenommen worden war – und markierte andererseits die weitergehenden Vorhaben und Notwendigkeiten. In der nach sehr ernsthafter, auch kontroverser Auseinandersetzung angenommenen Erklärung *„Würde und Solidarität – Brot und Rosen. Ermutigen und Selbstermächtigen"* heißt es deshalb: *„Frauen haben sich in Teilen der politischen Linken programmatische und Positionen der Repräsentanz und Selbstorganisation erkämpft. Dieser eine Schritt vorwärts hat zuviel Kraft gekostet, um nun zwei Schritte zurück zu gehen.(...) Eine Erkenntnis der Frauenbewegung ist: ‚In unserer Unterschiedlichkeit sind wir unwiderstehlich'. Es scheint in der Struktur von Parteien zu liegen, dass Unterschiede als störend, als Zeichen von Schwäche gelten, die möglichst rasch überwunden werden müssen. Wir erleben Differenz, Vielfalt als Bereicherung. Wir wollen sie nicht teilen und beherrschen, auch nicht bloß tolerieren, sondern respektieren und leben. Hier hat die Neue Linke Erkenntnis- und Nachholbedarf.“*
Und das war auch ein springender Punkt in unserer Debatte darüber unterm Dach des Liebknecht-Hauses: Wir Frauen müssen „Differenzen“ nicht nur unter dem Geschlechter-Aspekt, nicht nur als allgemeine Unterschiedlichkeit Ost-West verstehen. Wir müssen, in Souveränität wie Solidarität, die enorm unterschiedliche gesellschaftliche Lebensweise der Frauen in der BRD und DDR weiterhin wahrnehmen und für das emanzipatorische Verständnis der Neuen Linken nutzbar machen. Da diese Problematik sicherlich von vielen beunruhigt gesehen wird, laden wir erneut nachdrücklich zur Mitarbeit bei uns ein.

AG LISA LEIPZIG
DR. CHRISTEL HARTINGER
MARGITTA KLUG



Heilige und Scheinheilige

Dresdner Bäbe*

Hauptstadtbetrachtungen von *G. Hupf*

Der Heilige Valentin hatte ein Herz für Liebende und Hamonie. An dem gerade eben verstrichenen nach ihm benannten Tag gibt's Blümchen, Küsschen oder sonstigen Süßkram. Der Heilige Georg dagegen ist gemeinhin als beherzt zupackender Drachenvernichter bekannt, der Land und Leute vor der Bestie errettet.

Derartiges Hauen und Stechen ist mitnichten nur der verklärten Vergangenheit anzudichten, mit etwas Phantasie erblüht die Helden- und Sagenwelt auch heute. Mitten in Sachsen. Im Herzen der Regierung. Beispiel gefällig?

Den Georg nennen wir mal Georg, und Valentin nennen wir mal Thomas (Jurk). Letzterer hatte offenbar den jüngsten, die Apokalypse verheißenden Klimareport gelesen und – als Wirtschaftminister darf er das ja – ein zukunftsweisendes Ener-gie-programm für den schönsten Freistaat der Welt aufgeschrieben. Und darin die Visionen der getreu mitregierenden Sozialdemokraten von einem nachhaltigen Energiemix aus den die Welt bewegenden Elementen in Worte gefasst und öffentlich gemacht.

Das kam gar nicht gut an beim von Georg angeführten christlich-demokratischen (Koalitions-)Partner. Entrüstet bäumte sich zuerst das rotfellige Pferd (Kosename Michael) des Hl. Georg auf und blies nüstern – als des Ministerpräsidenten Transportmittel darf er das ja – zur derben Verbalattacke gegen den Natur liebenden „Thomas-Valentin". Tenor: Ohne Kernkraft? Ohne uns! Und überhaupt sei alles doch bestens, so wie's gerade ist und wer wisse schon, was in hundert Jahren ist…

Gut gebrüllt – äh, gewiehert, mag man meinen. Dumm nur, dass der Hl. Georg nebst Gefolge bisher selbst oft genug das Wohl und Wehe kommender Generationen zu predigen wusste. Also: Wir müssen heute sparen, damit die Nachkommenden nicht unsere Schuldzinsen zahlen; wir müssen heute Schulen platt machen, weil's morgen keine Kinder mehr gibt; wir müssen heute Kreisgrenzen wegradieren, damit sich morgen keine bürgerlosen Verwaltungsbeamten langweilen; wir müssen heute Ulla Schmidt ein glasklares Jein zur „Gesundheitsreform" entgegenschmettern, damit es morgen nicht noch schlimmer kommt usw. usf.

Glücklicherweis bedarf es nicht immer des Verweises auf die, „die nach uns kommen", um dem ungewollten Partner zu verklickern, dass es seiner zum Regieren nicht braucht. Der harmonisierende Vorschlag von „Thomas-Valentin", regional ausgeglichene EU-Investitionsfördersätze festzuschreiben ließ sich ebenso schmerzfrei abbügeln wie diverse Gedanken zu mehr Jugendmitbestimmung. Und auch ohne den Verweis auf Morgen hatten Gift und Galle freien Lauf, als es (vergebens) galt, eine Wissenschaftministerin mit DDR-Vergangenheit zu verhindern. Reizthemen wie Ladenschluss oder Studiengebühren bereiten derweil den Boden für den nächsten Ehekrach, hübsch untermalt durch lautes Knirschen im Koalitionsgebälk.

Aber egal. Zurück zur Helden – und Mythenwelt und zu Georg und Valentin, den wahren Heiligen. Der Überlieferung nach waren beide Märtyrer. Beide wurden am Ende geköpft.

** Die Bäbe ist das Prunkstück jeder Kaffeetafel, rund wie der Landtags-Plenarsaal und eignet sich hervorragend zum „Didschen". Mancher würde das Naschwerk schlicht Napfkuchen rufen – Dresdner nennen es Bäbe – und meinen es auch so…*

Wenn „freie Kräfte" toben

Bornaer stoppten die Nazis dennoch zwei Stunden lang

Mit Spannung, mit Sorge oder auch mit Wut sahen die Bornaer dem offiziell gestatteten Aufmarsch der Neonazis „Freie Kräfte Borna" am Abend des 13. Februar entgegen. Dem zu begegnen gab es mehrere Konzepte und auch Irritationen, ausgelöst durch verschiedene Mitteilungen in der Lokalpresse. Die Idee, dass die ganze Angelegenheit von der Öffentlichkeit ignoriert werden sollte, konnte sowieso nicht aufgehen, aber auch die „Mahnwächter", die für ihre Art des Gedenkens an die Opfer der Dresdner Bombenangriffe nazifreie Straßen haben wollten, führte nicht zum Erfolg.

Aufgegangen ist – das ist mit Genugtuung zu konstatieren – das Konzept für Zivilcourage: *Wider das Wegschauen! Widerstand braucht ein Gesicht!*

Und so waren es dann vor allem die Teilnehmer des Friedensgebetes, einer Kundgebung am Martin-Luther-Platz und die mindestens 300 Gegendemonstranten, die ab 17 Uhr die Reichsstraße zum Dinterplatz hin blockierten. Unter ihnen die Jugendlichen vom neuen Bornaer Verein „Bon Courage" und Bürger der umliegenden Orte. Zwei Stunden lang stoppten sie friedlich den Marsch der Neonazis, trotz Postenketten und Hundestaffel der Polizei, die schließlich zusätzliche Einsatzkräfte anforderte, um die lautstark dagegen protestierenden Nazigegner mit mehr oder weniger „sanfter" Gewalt abzudrängen.

In Anbetracht des massiven zivilen Widerstandes sahen sich vorher noch Landrätin Köpping und Oberbürgermeister Schröder genötigt, für kurze Zeit nach vorn zu den antifaschistischen Gegendemonstranten zu gehen.

Immerhin, es kam kein Polizeiknüppel zum Einsatz, nichtzuletzt dank der disziplinierten Gegendemonstranten. Ein älterer Demonstrant allerdings, der für Gewaltverzicht und geordneten Rückzug sorgte, wurde von einem Polizisten an den Haaren „wegbefördert", wobei auch sein Anorack arg zerrissen wurde. Als er den Vorgang anzeigen wollte, drohte ihm sogar polizeiliche Festnahme, hätte nicht ein kooperativer Einsatzleiter die Situation geschlichtet.

Alles in allem kann man angesichts der Nazi-Umtriebe schon ins Grübeln kommen. Beispielsweise mit Blick auf das Potsdamer Abkommen, nach dem doch das Verbot aller nazistischen Gliederungen für alle Zeit zum Völkerrecht erhoben wurde.

• BRUNO SCHWEITZER

Hooligan-Gewalt bekämpfen

Schwerkriminelle Horden sind Alltag

LN. Nach den schweren Ausschreitungen beim Fußballspiel 1. FC Lok Leipzig und dem FC Erzgebirge Aue II fordert der Leipziger Abgeordnete der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, Sebastian Scheel, politische Konsequenzen von Innenminister Buttolo und Justiz-minister Mackenroth (beide CDU).

Noch in diesem Monat, so fordert der Linksparlamentarier, soll ein gemeinsames Handlungskonzept zur Bekämpfung von Hooligan-Gewalt in Sachsen vorliegen. Darin seien neben den Verantwortlichen von Polizei und Justiz auch Kommunalpolitiker, Vereinsspitzen und Fanprojekte einzubeziehen. Eine verstärkte Förderung von Fanprojekten nennt er ebenso unerlässlich wie ein härteres Durchgreifen gegenüber Leuten, die lebensgefährliche Gewaltexzesse als Freizeitsport betreiben und oftmals der rechtsextremen Szene angehören.

Die Linkspartei verwahre sich gegen bereits früher geäußerte Vorschläge, Kosten von Polizeieinsätzen auf die Vereine abzuwälzen, da damit die finanzielle Grundlage des Vereinssports zerstört würde.

Zudem müsse endgültig Schluss sein mit der Verharmlosung und Verdrängung brutaler Gewalt in und um Fußballstadien. „Die Horden von Schwerkriminellen, die zielstrebig das Leben ihrer Mitmenschen aufs Spiel setzen, kommen nicht aus der Ferne, sondern sind im Alltag mitten unter uns. Die markige Ankündigung des Innenministers, er werde keine ‚italienischen Verhältnisse' zulassen, täuscht eine Entschlossenheit vor, an der es dem Staat bisher fehlt".

SACHSEN-CHRONIK

(9. bis 16. Februar)

9. Februar

Dresden. Sachsens Koalitionsfraktionen CDU und SPD billigen den Entwurf für ein neues Landeschlussgesetz. Geschäfte sollen danach werktags von 6 bis 22 Uhr öffnen dürfen, für die Sonntage gelten Einschränkungen.

10. Februar

Löbau. 95 ALG-II-empfänger, so berichtet die örtliche Presse, dürfen aus Kostengründen abgesperrte Zimmer ihrer Wohnungen nicht mehr betreten. Dadurch habe sich die Miete reduziert und die ursprünglich zu großen Wohnungen seien für die Betroffenen wieder bezahlbar. Ungeklärt scheint, auf wessen Kosten trotzdem anfallende Nebenkosten gehen.

11. Februar

Leipzig. 800 Holligans attackieren nach dem Fußballspiel 1. FC Lok gegen den FC Erzgebirge Aue II 300 eingesetzte Polizisten. Die schweren Ausschreitungen fordern 42 Verletzte, darunter 36 Beamte. Fünf festgenommene mutmaßliche Gewalttäter kommen wieder auf freuen Fuß, weil keine Haftbefehle beantragt wurden.

13. Februar

Dresden. Sachsen hat 2006 rund 64,5 Millionen Euro in die berufliche Aus- und Weiterbildung investiert, teilt das Wirtschaftsminsierium mit. Der Großteil kam der beruflichen Erstausbildung zu Gute, 18 177 benachteiligte Jugendliche und arbeitslose Erwachsene lernen derzeit einen Beruf.

Leipzig. Die Linkspartei warnt vor einer Reduzierung der ABM-Stellen zugunsten von Ein-Euro-Jobs, mit denen keine existenzsichernden Arbeitsplätze geschaffen werden. betroffen vond er drohenden ABM-Kürzugn sind vor alelm freie Träger der Jugend- und Sozialarbeit.

14. Februar

Oberwiesenthal. Das Oberverwaltungsgericht in Bautzen bestätigt frühere Entscheidungen, die die Bürgermeisterwahl in Oberwiesnethal vor fünf Jahren für ungültig erklären. Sie muss nun wiederholt werden, weil Bürgermeister Kirsten (CDU) vor der Wahl im Amtsblatt eine „Erfolgsbilanz" veröffentlicht hatte.

15. Februar

Zschopau. Trotz Umstrukturierungen des malayischen Mutterkonzerns Hong Leon bleibt die traditionsreiche Motorradproduktion am Standort erhalten, an dem derzeit nur noch 30 bis 35 Mitarbeiter in Fertigung, Verwaltung und Vertrieb der MZ Motorrad- und Zweiradwerk GmbH beschäftigt sind.

15. Februar

Chemnitz. Fünf mutmaßliche Rauschgifthändler werden gefasst. Die Drogenfahnder stellen bei Wohnundsdurchsuchungen Drogen mit einem Schwarzmarktwert von 45 000 Euro sicher.

Leipzig. Nach den schweren Fußballkrawallen geben die Ermittler Fahndungsfotos heraus, Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln nun gegen sieben Verdächtige im Alter zwischen 18 und 33 Jahren. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.

Dresden. Linkspartei, FDP und SPD unterstützen die konkreten Initiativen der städtischen CDU für ein Denkmal, das an die Bombenopfer der Zerstörung Dresdens vor 62 Jahren erinnern soll.

16. Februar

Leipzig. Der Immobilienmarkt knüpft an die Boomzeiten nach der Wende an – 62 Prozent mehr Umsatz als im Vorjahr, das ist das Ergebnis des Grundstücksmarktes 2006. 80 Prozent der Eigentumswohnungen gehen an ihm Westen beheimatete Käufer.

Totale Finsternis über Sachsen

Trotz Zigtausendfacher Proteste beschlossen und verkündet:

Ab 2007 keine Astronomie mehr als eigenständiges Schulfach

Ich fühle mich nicht zu dem Glauben verpflichtet, dass derselbe Gott, der uns mit Sinnen, Vernunft und Verstand ausgestattet hat, von uns verlangt, dieselben nicht zu benutzen", ermutigte sich dereinst Galileo Galilei selbst – und würde heute in Sachsen ebenso verzweifelt Vernunft und Verstand bei den Oberen suchen müssen, wie zu seinen Lebzeiten im 17. Jahrhundert. Denn die derzeit oben Schwimmenden glauben sich fortschrittlich, wenn sie an dem schon 2002 gefassten unsäglich peinlichen Beschluss festhalten, dass es in Sachsen ab dem Schuljahr 2007/08 keinen Astronomieunterricht mehr geben wird, dafür ein Teil des Lehrstoffs in den Physikunterricht integriert werden soll.

Weder die Warnung von 117 Professoren und Wissenschaftler vom Dezember letzten Jahres vor den Konsequenzen dieser Entscheidung, noch die mehr als 35 000 Petitionen an den Sächsischen Landtag, die den Erhalt des eigenständigen Unterrichtsfaches Astronomie an den Schulen Sachsens fordern, noch die vielen Tausend Unterschriften von Eltern konnten ein Umdenken bewirken. Gesiegt über Volkes Willen hat wieder einmal die Betonkopfmethode.

Vor wenigen Tagen, am 24. Januar hatten sich in einer wahrlich seltenen Gemeinschaftsaktion als letzten Rettungsversuch die Fraktionen der Bündnisgrünen, der Linken und der FDP zusammengefunden. Sie brachten einen Antrag ins Parlament auf die Weiterführung des Faches Astronomie als eigenständiges Unterrichtsfach ein – und prallten erwartungsgemäß an der sächsischen CDU-SPD-Koalition ab. Der Antrag basierte auf einer öffentlichen Anhörung und der dort vertretenden mehrheitlichen Expertenmeinung über den positiven Einfluss dieses interdisziplinären Faches auf die Lernmotivation der Schüler, was gleichzeitig die naturwissenschaftliche Bildung insgesamt fördere. Denn Astronomie führe auf eine einzigartig anregende Weise Technik, Informatik, Mathematik und Natur- und Geisteswissenschaften zusammen.

Die Sache ist bloß die, und das macht die Astronomie so verdächtig, dass sie in den DDR-Schulen schon 1959 zum Pflichtfach wurde. Was Wunder also, dass die hiesige Springerzeitung prompt einen peinlichen Leserbrief abdruckte, dass die ostdeutschen Eltern doch froh sein sollten, wenn dieses ideologische Propagandarelikt endlich beseitigt werde. Der Astronomieunterricht sei doch nur genutzt worden, um die sowjetischen Raumfahrterfolge propagieren zu können.

Ein 2001 vom Sächsischen Kultusministerium in Auftrag gegebenes Gutachten hatte dem Fach allerdings noch ein erstklassiges Zeugnis ausgestellt und seine „Beibehaltung und weitere Qualifizierung" empfohlen. 2003 formulierte die Deutsche. Forschungsgemeinschaft (DFG): *„Ein sehr positives Beispiel für die öffentliche Bildung ist der Schulunterricht in Astronomie in einigen der Neuen Bundesländer – ein Beispiel welches im wahrsten Sinne des Wortes ‚Schule' machen sollte."* Der Bildungswert dieses Faches sei zukunftsweisend.

Aber siehe oben: Schon 2002 hatte man in Dresden beschlossen, das Fach ab 2007 aufzugeben. Was jedoch, wie gesagt, eine Flut von Widersprüchen und Petitionen an den Landtag auslöste. Doch jeder noch so kompetente Rat wurde zurückgewiesen, die neuen Lehrpläne vorbereitet. Nachdem sich beispielsweise 14 Fachleiter Physik der Gymnasien des Regionalschulamtes Bautzen mit den reformierten Lehrplänen auseinandergesetzt und dazu Lehrerfortbildungen durchgeführt hatten, richteten sie im April 2005 eine Petition an den sächsischen Landtag, in der es unter anderem heißt: *„Nach sorgfältigem Vergleich der Situation vor und nach der Lehrplanreform – auch unter Einbeziehung der Geografie- und anderer Lehrpläne – sind wir zu dem Schluss gekommen, dass diese strukturelle Veränderung*

a) eine Reduzierung astronomischer Bildung bewirkt

b) einen Verlust an physikalischem Wissen und vor allem dessen Anwendungsbereitschaft mit sich bringt;

c) die hervorragenden Möglichkeiten, die die Astronomie für fächerübergreifendes Arbeiten bietet, enorm reduziert;

d) dem Fach Astronomie innewohnende Potenzen zur Werteorientierung verschenkt."

Ähnlich die Meinung von 70 Mathematik-, Physik- und Informatik-Lehrern während einer Lehrerfortbildung in Löbau im Juli 2004. Die laxe Antwort auf ihre Petition veranlasste sie zu einer zweiten Eingabe, in der es nicht mehr nur um die Astronomie, sondern auch um die von ihnen inzwischen angezweifelte Regierungskompetenz geht: *„In einem Ministerium, welches nicht einmal die selbst in Auftrag gegebenen Gutachten gebührend umsetzt, erreichen Sachkompetenz und die Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit nicht ein Min-destmaß an Bedeutung. Unserer Auffassung nach sollte sich aber eine demokratisch gewählte Regierung gerade an breiter Sachkompetenz, an den im Lande gesammelten praktischen Erfahrungen und an den Interessen der Bevölkerung orientieren.…Wir würden gern vom Landtag erfahren, ob er es billigt, dass die Regierung in der Angelegenheit Astronomieunterricht jede noch so kompetente externe Sachkompetenz von sich weist."*

Selbst die Jahreshauptversammlung der Deutschen Raumfahrtausstellung Morgenröthe-Rautenkranz sah sich (im Oktober 2005) zu einer Petition veranlasst: *„Die Astronomie als Pflichtfach zu etablieren, war keine DDR-Marotte, die es zu liquidieren gilt, sondern eine weitsichtige Entscheidung, die es mehr denn je zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt! Eine große Zahl wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und pädagogischer Argumente führten dazu, dass in westlichen Bundesländern zu DDR-Zeiten wie auch heute mit Achtung auf diese Unterrichtsform geblickt wurde und wird. Längst ist vielen klar, dass die Astronomie als Thema in einem anderen Fach oder als Arbeitsgemeinschaft in wenigen Schulen nicht mehr tragfähig ist."*

Usw. usf.

Die Unzufriedenheit unter Lehrern, Eltern, Schülern, Wissenschaftlern ist groß. Ein erzielbares Bildungsniveau wird empfindlich geschmälert und ein wertvolles Schulfach diskredidiert. Dresden, sich an Bildungskonzepten des 19. Jahrhunderts orientierend, vernichtet administrativ, was über Jahrzehnte mit großen Erfolg aufgebaut wurde. Vor allem, weil die Bedeutung der Astronomie für ein wissenschaftliches Weltbild so unumgänglich wie unumstritten ist. Heute böte das Fach nicht zuletzt Grundlagen, die Heranwachsenden kritisch und auch immun gegenüber der Flut des pseudowissenschaftlichen astrologischen Schmarrns zu machen. Aber vielleicht will man das ja gerade in Sachsen verhindern. Der nächste Schritt wäre nur logisch, nämlich nach um sich greifendem US-amerikanischen Vorbild die Darwinsche Evolutionslehre zugunsten der Schöpfungstheorie zu entsorgen.

Das DDR-Erbe Astronomie als Pflichtfach lebt – derzeit – lediglich noch in Thüringen (Klasse 10) und Mecklenburg-Vorpommern (Klasse 9) mit einer Wochenstunde. In Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg können die Schulen in den Klassen 9 und 10 einen Wahlpflichtunterricht anbieten. In keinem der alten Bundesländer ist Astronomie ein Pflichtfach.

Aber das kennen wir im Osten ja nun seit 15 Jahren. Der Westen ist Norm. Auch in diesem Fall, egal wie veraltet, wie reformbedürftig sein Schulsystem ist.

• MAXI WARTELSTEINER

... weil die Bedeutung der Astronomie für ein wissenschaftliches Weltbild so unumgänglich wie unumstritten ist. Heute böte das Fach nicht zuletzt Grundlagen, die Heranwachsenden kritisch und auch immun gegenüber der Flut des pseudowissenschaftlichen astrologischen Schmarrns zu machen. Aber vielleicht will man das ja gerade in Sachsen verhindern.

Siegmund Jähn zum 70.

Am 26. August 1978 hatten die Medien in Deutschland Sensationelles zu vermelden: Siegmund Jähn, ein DDR-Bürger und Offizier der NVA, hat als erster deutscher Kosmonaut zusammen mit Waleri Bykowski die Erde umrundet. Dem sympathischen Jagdflieger flogen nach seinem einwöchigem Aufenthalt in der sowjetischen Raumstation Salut-6 die Herzen der DDR-Bürger nur so zu. Ausgewählt nicht zuletzt wegen seiner Bescheidenheit, musste der über Nacht zum Helden gewordene in unzähligen Veranstaltungen auftreten, wurde von Schulen, Arbeitskollektiven und Organisationen eingeladen und musste immer wieder Fragen über Fragen beantworten. Alle, die ihm persönlich begegneten, lernten einen zurückhaltenden und liebenswürdigen Menschen kennen, der er bis heute geblieben ist.

Die Bundesrepublik hatte nach der sogenannten Wende nichts Eiliges zu tun, als ihm den Generalsrang abzuerkennen und sogar seine Rückenverletzung nicht mehr anzuerkennen, die er sich bei der harten Landung in der kasachischen Steppe zugezogen hatte.

Erst Ulf Merbold, der fünf Jahre nach Jähn mit einer US-Raumfähre unterwegs war – und den man heute zu gerne als ersten Deutschen im All handelt –, verhalf ihm, seine Erfahrungen nunmehr in den Dienst der gesamtdeutschen Raumfahrt zu stellen. Als Jähn dann erstmals wieder mit russischen Kollegen zusammenkam, hatte er, wie er sagte, doch ein ungutes Gefühl, sie könnten ihn als Überläufer betrachten. Er wurde mit Umarmungen aufgenommen und ist seither Mittler zwischen Ost und West und organisierte nicht zuletzt die Ausbildung der deutschen Raumfahrtkandidaten im Sternenstädtchen; Vor zwei Jahren ging er – theoretisch – in den Ruhestand.

An diesem aufrechten DDR-Bürger verging sich – anlässlich seines 70. Geburtstages am 13. Februar – ein Schreiberling, den ich in der der DDR als überaus geflissentlich wirkenden Journalisten erlebte. Im hiesigen Springerblatt durfte er verkünden, Jähn sei für DDR-Verhältnisse eine personalpolitische Fehlentscheidung gewesen, denn: „Ihm perlten die sozialistischen Erfolgsparolen nicht aus dem Munde, wie das die DDR-Oberen erwartet haben."

Dr. Sigmund Jähn ist mit Waleri Bykowski Ehrenbürger von Berlin (immer noch) und seit kurzem auch von Neuhardenberg, seinem einstigen Armee-Wohnort. **• MX**

Sicherheit für alle

Auszüge aus der Rede des russischen Präsidenten WLADIMIR PUTIN am 10. Februar auf der „43. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik" zur Rolle seines Landes in der Welt

Ich bin sehr dankbar für die Einladung zu dieser repräsentativen Konferenz, die Politiker, Militärs, Unternehmer und Experten aus mehr als 40 Ländern versammelt. Die Struktur dieser Konferenz ermöglicht es mir, „übermäßige Höflichkeit" zu vermeiden ...

Die nach dem „Kalten Krieg" vorgeschlagene unipolare Welt ist nicht entstanden. Natürlich kennt die Geschichte der Menschheit Perioden eines unipolaren Zustandes und des Strebens nach weltweiter Vorherrschaft. Was geschah nicht alles in der Geschichte der Menschheit?

Jedoch, was ist eine unipolare Welt? Sollte jemand diesen Terminus erläutern, müsste er zwangsläufig zu einem einzigen Ergebnis kommen: Er bedeutet ein einziges Macht- und Kraftzentrum, ein einziges Entscheidungszentrum. Das ist die Welt eines einzigen Herrn, eines einzigen Souveräns. Und das ist letztlich nicht nur für alle gefährlich, die sich innerhalb dieses Systems befinden, sondern auch für den Souverän selbst, weil ihn das von innen zerstört.

Alleinherrschaft ist unsittlich

Und das hat selbstredend nichts mit Demokratie zu tun. Denn: Demokratie ist, wie Sie wissen, die Macht der Mehrheit, wobei das Interesse und die Meinungen der Minderheit berücksichtigt werden. Deutlich gesagt: Wir, Russland, werden dauernd über Demokratie belehrt. Aber diejenigen, die uns belehren, sind selbst nicht besonders zum Lernen bereit. Ich denke, dass für die gegenwärtige Welt das unipolare Modell nicht nur unannehmbar, sondern unmöglich ist. Und nicht nur deshalb, weil bei einer Einzelführerschaft ... weder die militärisch-politischen noch die wirtschaftlichen Ressourcen ausreichen. Was noch wichtiger ist – das Modell selbst erscheint funktionsunfähig, weil es in seiner Grundlage keine moralisch-sittliche Basis für die gegenwärtige Zivilisation bietet und auch nicht bieten kann. ...

Heute beobachten wir eine schier ungebändigte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen – militärischer Gewalt –, eine Gewalt, die die Welt in einen Abgrund aufeinanderfolgender Konflikte drängt. Im Ergebnis reicht die Kraft nicht für die komplexe Lösung eines einzigen von ihnen. Es wird auch unmöglich, eine politische Lösung zu finden.

Wir sehen mehr und mehr eine Überschreitung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch – einzelne Normen, aber auch das gesamte Rechtssystem eines einzelnen Staates, nämlich der USA, hat die nationalen Grenzen überschritten und wird in allen Sphären – in Wirtschaft und Politik sowie im humanitären Bereich – anderen Ländern aufgezwungen. ...

Eine solche Politik ist natürlich Katalysator eines Wettrüstens. Die Dominanz des Gewaltfaktors ermutigt unvermeidlich eine Reihe von Ländern zur Anschaffung von Massenvernichtungswaffen. Mehr als das – prinzipiell neue Bedrohungen sind entstanden, die auch früher bekannt waren, aber heute globalen Charakter erhalten, solche wie der Terrorismus. Ich bin überzeugt, dass wir an einem entscheidenden Moment angelangt sind, in dem wir ernsthaft die gesamte Architektur der globalen Sicherheit überdenken müssen. ...

Neue Weltzentren entstehen

Die Summe des Bruttosozialproduktes von Indien und China in Kaufkraftparität ist inzwischen schon größer als das der Vereinigten Staaten. Eine Berechnung des Bruttosozialprodukts der BRIC-Ländergruppe – Brasilien, Russland, Indien und China – übertrifft das akkumulierte Bruttosozialprodukt der EU. Diese Kluft wird nach Expertenmeinung künftig noch wachsen. Es ist müßig, daran zu zweifeln, dass das ökonomische Potential der neuen Weltzentren des Wachstums unvermeidlich in politischen Einfluss umschlägt und die Multipolarität festigen wird. In Verbindung damit wächst die Rolle der multipolaren Diplomatie bedeutend. Offenheit, Transparenz und Berechenbarkeit in der Politik sind alternativlos und die Anwendung von Gewalt muss tatsächlich eine außerordentliche Maßnahme bleiben, so wie die Anwendung der Todesstrafe in den Rechtssystemen einiger Staaten. ...

Bedrohungen politisch begegnen

Gleichzeitig steht die Frage: Sollen wir teilnahmslos und gleichgültig auf verschiedene innere Konflikte in bestimmten Ländern schauen, in tatsächlich autoritären Regimen, Tyranneien, auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen? ... Natürlich nicht. Aber haben wir die Mittel, um diesen Bedrohungen zu widerstehen? Natürlich, wir haben sie. Es genügt, an die jüngste Geschichte zu erinnern. Was geschah beim friedlichen Übergang in unserem Land? Es fand eine friedliche Transformation des Sowjetregimes statt – eine friedliche Transformation! Und welches Regimes! Mit welcher Zahl an Waffen, einschließlich der Atomwaffen! Warum muss jetzt bei jeder erdenklichen Gelegenheit gebombt und geschossen werden? Fehlt es uns denn beim Ausbleiben der Bedrohung einer gegenseitigen Vernichtung an politischer Kultur, am Respekt für demokratische Werte und für das Recht?

Ich bin überzeugt, dass der einzige Mechanismus für Entscheidungen über die Nutzung militärischer Gewalt als letztem Ausweg die Charta der UNO ist. ... Für legitim kann man die Anwendung von Gewalt nur dann halten, wenn die Entscheidung im Rahmen der UNO getroffen wurde. Und es ist nicht nötig, die UNO durch die NATO oder die EU zu ersetzen. Wenn die UNO in der Realität die Kräfte der internationalen Gemeinschaft zusammenführt, die tatsächlich auf Ereignisse in einzelnen Ländern reagieren können, wenn wir die Überschreitung des internationalen Rechts hinter uns lassen, dann kann die Situation sich ändern. ...

Abrüstung entschärft Klima

Die potentielle Gefahr einer Destabilisierung der internationalen Beziehungen ist mit der offenkundigen Stagnation auf dem Gebiet der Abrüstung verbunden. Russland tritt für die Erneuerung des Dialogs in dieser äußerst wichtigen Frage ein. ...

Wir vereinbarten mit den Vereinigten Staaten von Amerika vertraglich die Reduzierung unseres nuklearen Potentials auf strategischen Trägern auf 1700 bis 2200 atomare Sprengköpfe bis zum 31. Dezember 2012. Russland ist entschlossen, die Verpflichtungen strikt zu erfüllen, die es übernommen hat. Wir hoffen, dass unsere Partner ebenso transparent handeln und nicht für alle Fälle, für einen „schwarzen Tag", einige übrige hundert nukleare Sprengköpfe beiseite legen. ...

NATO umringt Russland

In diesem Zusammenhang möchte ich gern daran erinnern, dass die UdSSR und die Vereinigten Staaten in den 80er Jahren einen Vertrag über die Beseitigung einer ganzen Klasse von Raketen mittlerer und geringer Reichweite unterzeichneten, aber diesem Dokument wurde kein universeller Charakter verliehen. Heute besitzt eine ganze Reihe von Ländern solche Raketen: Die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Republik Korea, Indien, Iran, Pakistan, Israel. Viele andere Staaten der Welt arbeiten an solchen Systemen und planen, sie in ihre Bewaffnung aufzunehmen. Nur die Vereinigten Staaten und Russland haben Verpflichtungen, keine Waffensysteme dieser Art zu schaffen. Es ist klar, dass wir unter diesen Bedingungen gezwungen sind, über die Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit nachzudenken. ...

Die Militarisierung des Weltalls kann nach Meinung Russlands unvorhersehbare Folgen für die Weltgemeinschaft provozieren – nicht geringere als zu Beginn der nuklearen Ära. Und wir sind nicht nur einmal mit Initiativen hervorgetreten, deren Ziel es war, den Gebrauch von Waffen im Kosmos zu verhindern.

Heute möchte ich Sie darüber informieren, dass wir einen Vertragsentwurf zur Verhinderung der Verbreitung von Waffen im kosmischen Raum vorbereitet haben. In nächster Zeit wird er unseren Partnern als offizieller Vorschlag zugesandt werden. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten. ...

Da ich mich in Deutschland befinde, kann ich nicht umhin, die Krise des Vertrages über konventionell bewaffnete Streitkräfte in Europa zu erwähnen. Der angepasste Vertrag über konventionell bewaffnete Streitkräfte in Europa wurde 1999 unterzeichnet. Er berücksichtigte die neue geopolitische Realität – die Auflösung des Warschauer Blocks. Seitdem sind sieben Jahre vergangen, und nur vier Staaten haben dieses Dokument ratifiziert, eingeschlossen die Russische Föderation. Die Länder der NATO erklärten offen, dass sie den Vertrag nicht ratifizieren werden, einschließlich der Festlegungen über Begrenzungen der Flanken, über die Verteilung einer bestimmten Zahl bewaffneter Kräfte an den Flanken, bis zu jenem Zeitpunkt, da Russland seine Stützpunkte aus Georgien und Moldawien zurückzieht. Aus Georgien werden unsere Truppen zurückgeführt, sogar nach einem beschleunigten Fahrplan. Diese Probleme haben wir mit unseren georgischen Kollegen gelöst, und das ist alles bekannt. In Moldawien bleibt eine Gruppierung von 1500 Militärangehörigen, die friedenserhaltende Funktionen erfüllen und Munitionslager, die aus UdSSR-Zeiten stammen, bewachen. Und wir diskutieren mit Herrn Solana ständig diese Frage; er kennt unsere Position. Wir sind bereit, auch weiter in diese Richtung zu arbeiten.

Aber was geschieht gleichzeitig? In dieser selben Zeit entstehen in Bulgarien und Rumänien sogenannte leichte amerikanische vorgeschobene Stützpunkte mit jeweils bis zu 5000 Mann. Es stellt sich heraus, dass die NATO ihre vordersten Kräfte an unsere Staatsgrenzen verlegt, aber wir, da wir den Vertrag strikt erfüllen, in keiner Weise auf diese Handlungen reagieren. Ich denke, es ist offensichtlich – der Prozess der NATO-Ausdehnung steht in keiner Beziehung zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Festigung der Sicherheit in Europa. Im Gegenteil, das ist ein ernsthaft provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Und wir haben das unstreitige Recht, offen zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was geschah mit den von westlichen Partnern abgegebenen Erklärungen nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages? ... An sie erinnert sich nicht einmal irgend jemand. Aber ... ich möchte gern aus einer Rede des NATO-Generalsekretärs Wörner in Brüssel vom 17. Mai 1990 zitieren. Er sagte damals: „Die Tatsache selbst, dass wir bereit sind, keine NATO-Truppen jenseits der Grenzen des Territoriums der Bundesrepublik zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien." Wo sind diese Garantien? ...

Profitjagd und Terrorismus

Und noch ein wichtiges Thema, das direkt die globale Sicherheit beeinflusst. Heute sprechen viele über den Kampf gegen Armut. ... Lassen Sie uns die Dinge beim Namen nennen: Es stellt sich so dar, dass mit der einen Hand „Barmherzigkeit" geübt, aber mit der anderen nicht nur ökonomische Rückständigkeit konserviert, sondern auch noch Profit eingetrieben wird. Die zunehmende soziale Spannung in solchen depressiven Regionen ruft unvermeidlich wachsenden Radikalismus und Extremismus hervor, nährt Terrorismus und lokale Konflikte. Und wenn all das, sagen wir, im Nahen Osten geschieht mit seiner zugespitzten Wahrnehmung der Außenwelt als ungerecht, dann entsteht das Risiko einer globalen Destabilisierung. ...

Zum Abschluss möchte ich folgendes bemerken. Wir hören häufig, ich persönlich höre sehr oft Appelle unserer Partner, darunter auch der europäischen Partner, an Russland, eine bedeutend aktivere Rolle in der Welt zu spielen.

Dazu erlaube ich mir eine kleine Anmerkung: Es ist kaum nötig, uns dazu zu ermuntern. Russland ist ein Land mit einer mehr als 1000-jährigen Geschichte, es hatte praktisch stets das Privileg, eine unabhängige Außenpolitik betreiben zu können. Wir haben nicht vor, diese Tradition zu ändern. Zugleich sehen wir gut, wie sich die Welt verändert hat, wir bewerten unsere eigenen Möglichkeiten und unser eigenes Potential realistisch. Und selbstverständlich möchten wir mit verantwortlichen und selbständigen Partnern zu tun haben, mit denen wir gemeinsam an einer gerechten und demokratischen Weltordnung bauen können, in der wir Sicherheit und Wachstum nicht nur für Auserwählte, sondern für alle gewährleisten.

Theater unter sechs Euro

LN im Gespräch mit Leipzigs Schauspielchef Wolfgang Engel

● **Was wünscht man sich als Intendant?**
Volle Häuser, verschiedene Regiehandschriften, ein tolles Ensemble. Die letzten beiden Punkte haben wir erreicht. Armin Petras hält uns die Treue seit nun mehr fast ein Dutzend Jahren und Konstanze Lauterbach hat zuletzt mit *Zemen*t eine wunderbare Arbeit abgeliefert. Und dann wünscht man sich Stadtväter, die in ihre Kunstszene investieren, die also nicht nur subventionieren, sondern die sagen: „Ihr müsst so viel Geld haben, weil ihr für die Zukunft denken und arbeiten müsst, und eigentlich müsst ihr mehr kriegen als für den Unterhalt nur einer Spielzeit, so dass ihr euch einen Kopf machen könnt, wie ihr in die Zukunft investiert". Ich habe mal gesagt, und dazu stehe ich immer noch: Je weniger Kunst und Theater es gibt, umso voller werden die Krankenhäuser.

● **Sie sollen einmal sinngemäß gesagt haben, dass Sie mit dem Theater aufhören, wenn Sie das erste Mal über Arbeitslose am Theatereingang stolpern. Wahrheit oder Legende?**
Ich hab das so nicht gesagt. In Frankfurt am Main hat mich mal ungeheuer irritiert, dass ich am Sonntag zu einer Matinee wollte und ein Junkie fast bewusstlos vor dem Theatereingang lag. Das hat mich durchgerüttelt, weil ich das überhaupt nicht kannte. Zum ersten Mal so drastisch mit Drogen und Armut konfrontiert, habe ich gefragt: Wie sinnlos ist eigentlich Theater angesichts dieser Realität? Andererseits hat mir diese Begegnung vielleicht meinen Sinn für Realität auf der Bühne ermöglicht.

● **Sie versuchen - jüngst mit dem WERT-LOS-Festival - soziale Fragen nicht nur den Talkshows zu überlassen. Theater als Aufklärungsanstalt?**
Da bin ich ein sehr altmodischer Mensch und sehr dafür, dass sich Theater als sinnliche Aufklärung versteht. Ich halte es anders als viele Regisseure immer noch mit Schillers Begriff von der „Schaubühne als moralische Anstalt". Dieses Zitat geht weiter in dem Sinne, dass wo die Gerichtsbarkeit der Welt aufhört, die Gerichtsbarkeit der Bühne anfängt. Und das halte ich für entscheidend, deswegen bin ich am Theater. Was wir hier zu erzählen haben, interessiert hoffentlich sehr viele Leute.

● **Die Region Leipzig hat über 50.000 Arbeitslose. Wird Theater zum Luxusgut?**
Nein. Ich glaube aber, dass sich viele Leute aus Bequemlichkeit gar nicht die Mühe machen herauszufinden, wie viele Schlupflöcher und Besonderheiten wir bieten, damit jeder ins Schauspiel gehen kann. Erinnert sei nur an unseren Theatertag, wo man für 5,55 Euro die wunderschönsten Geschichten sehen kann. Oder die 3-Euro-Karte für Arbeitslose an der Abendkasse. Das ist natürlich nicht so einfach. Man verliert die Lust etwas zu unternehmen, wenn man Wochen oder Monate arbeitslos ist und hunderte von Bewerbungen geschrieben hat. Ich hoffe dennoch nicht, dass Theater ein Luxusgut wird. Zu DDR-Zeiten haben wir immer gesagt, Theater ist wie ein Lebensmittel, und ich hoffe, dass das für alle so bleibt.

● **Das Schauspielhaus gehörte auch zur „Aktion Noteingang" für Flüchtlinge und Verfolgte. Courage wird öfter in Sonntagsreden gefordert. Sie zeigen Gesicht. Aber nicht wenige schauen weg. Was sagen Sie denen?**
Ich wünsche mir, dass ich mich verhalte und denen, die Hilfe brauchen, auch Hilfe gebe und mich zu ihnen stelle; aber da bin ich vorsichtig, ich weiß doch nicht, wozu einen solche Situationen bringen. Da kann man immer nur sagen, was man sich wünschtt und meistens wünscht man sich eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse, und dass sowas nicht passiert. Sich solidarisch zu zeigen ist zunächst relativ einfach, z.B. auf eine Demonstration gehen oder eben an einer antirassistischen Initiative teilnehmen. Die Aktion Noteingang war für unsere Pförtner viel schwieriger, weil, sie wären am nächsten dran gewesen bei einer Auseinandersetzung. Politisch Position beziehen, finde ich wichtig. Wallensteins Lager inszeniere ich nicht am Völkerschlachtdenkmal wegen der schönen Kulisse, sondern damit wir diesen Ort in der Stadt nicht einfach nur den Rechten überlassen.

● **Zu Beginn des Irak-Krieges war an der Fassade zu lesen: „Hier spielt das alte Europa." Ein Bekenntnis für den Frieden in Abgrenzung zur „Neuen Welt" unter George W. Bush. Aber was bedeutet für Sie europäische Tradition?**
Amerika war verblüfft, dass es in Europa Diskussionen und Skrupel gab, sich an diesem Krieg zu beteiligen, was ich für richtig hielt. Ich war gern das alte Europa an diesem Punkt. Was die Qualität meiner europäischen Tradition ausmacht, ist genau diese Konfliktfreudigkeit, dieser Pluralismus. Wenn wir das schaffen, aus einer Wirtschaftsgemeinschaft eine politische Gemeinschaft zu machen, dann könnte ein solches Europa auch als geballte Kraft auf Werte verweisen, die in vielen Regionen verloren gehen. Europa bietet die wunderschöne Möglichkeit, sich nicht als etwas Feststehendes zu konzipieren, sondern unterschiedlich und in der Diskussion zu bleiben. Das finde ich das Spannende. Da geht es mir auch gar nicht so sehr um Ergebnisse, aber dass man sich kracht über Probleme, weil sie sie in Spanien vielleicht anders gesehen werden als in Lettland oder in Rumänien anders als in Irland. Also diese Art von Öffentlichkeit mit allen Problemen - da setze ich immer noch auf die Kraft der Vernunft.

● **Die Eigentumsverhältnisse des Schauspielhauses und des Grundstückes wurden geklärt. Endlich?**
Ich finde sehr wichtig, dass sich die Stadt zu der Immobilie bekannt hat und das jetzt geklärt ist. Selbst wenn das schmerzhaft und schwer finanzierbar ist, etwas zurückgeben zu müssen, aber da sollten wir die Schuld unserer Väter schon akzeptieren.

● **Das Schauspielhaus feiert ein halbes Jahrhundert, hat Systembrüche und Wechsel erlebt. Wie ordnen Sie dieses Haus in die gegenwärtige Theaterlandschaft ein?**
Sich da einzuordnen, ist immer sehr subjektiv. Leipzig spielt in Deutschland sicher im oberen Drittel. Zwar nicht von dem Geld her, das dem Haus zur Verfügung steht, aber von der Qualität der Schauspieler. Da ist in der Breite hier ein wunderbares Ensemble zusammengekommen. Junge Leute aus Ost und West, die zum Theater streben, sowohl Regisseure als auch Schauspieler, wissen, dass man in Leipzig sehr seriös weiter arbeiten kann nach der Ausbildung. Viele konnten in der Vergangenheit Leipzig als Sprungbrett benutzen an große und allererste Häuser.

• GESPRÄCH BERND SELLIN

Zitiert aus „Theater der Zeit" Mai 1957
„Die Anordnung der Plätze bietet Merkmale eines echten Volkstheaters, jedem Zuschauer beste Sicht." Volkstheater im besten Sinne - dies war das Credo eines sozialistischen Theaters. Nicht die vermeintliche Elite, nicht das Bayreuther Festspielpublikum wurde als Zielgruppe definiert. Die Leipziger, bekannt für Zuspitzungen, formulierten es, in Anspielung auf Brecht, als „Theater für lesende Arbeiter."

Fotos: Ralf Arnold

LN fragt Architektin Angelika Wandelt

Sie haben die umfängliche Renovierung der letzten Jahre geleitet. Welche Beziehung haben Sie zu diesem interessanten Kapitel der Leipziger Architekturgeschichte?
Die Architektur der DDR-Zeit ist Teil unserer Geschichte und hat damit Bestand und Wert. Das Schauspielhaus ist ein typischer Vertreter der politisch bestimmten Architekturauffassung der 50er Jahre der DDR. Es wurden damals sehr viele Kulturbauten errichtet. Darunter aber nur wenige Stadttheater. Insofern stellt das Schauspiel Leipzig einen besonderen architektonischen Zeitzeugen dar, zumal es in seinem inneren und äußeren Erscheinungsbild kaum Veränderungen gegeben hat.
Vielleicht hilft bei der Beantwortung ein Zitat aus dem Buch „Die Salons der Sozialisten" von Simone Hain, Stephan Stoux, Ch. Links Verlag, Berlin 1996.
„Das gebetsmühlenartige von allen Kathedern und Bühnen gepredigte Erbekonzept der SED lief dagegen darauf hinaus, mit Goethe, Schiller und Thomas Mann den Beelzebub Avantgarde auszutreiben, hieße er nun Tatlin, Kafka, oder Bauhaus. Was blieb bei solch ausgeprägtem Fundamentalismus schließlich anderes übrig, als die Tradition des Realismus und die Architektur des Klassizismus?"
Das gilt natürlich nur für die 50er Jahre. Wir haben jetzt – 50 Jahre später – mit großer Sorgfalt das Erscheinungsbild von damals versucht zu recherchieren und zu dokumentieren und im Rahmen der Sanierung wieder „herauszuschälen". Es galt eine Symbiose herzustellen zwischen dem Denkmalcharakter des Hauses und den technischen Anforderungen an einen modernen Spielbetieb in einem Theater unserer Zeit.

PS 50 Namen ohne Ranking und Ende
Albert Garbe / Martin Flörchinger / Marylu Poolmann / Christa Gottschalk / Fred Delmare / Günter Grabbert / Friedhelm Eberle / Gottfried Richter / Astrid Bless / Kurt Kachlicki / Monika Woytowicz / Manfred Zetsche / Andreas Knaup / Fred Alexander / Ellen Hellwig / Silke Mathias / Werner Hahn / Ingeborg Ottmann / Erich Gerberding / Heinz Martin Behnecke / Barbara Trommer / Siegfried Pappelbaum / Käte Koch / Paul Dolf Neis / Dirk Vondran / Gert Gütschow / Dieter Bellmann / Martina Eithner Archeampong / Guido Lambrecht / Claudia Wenzel / Walter Jäckel / Hilmar Eichhorn / Kathrin Sass / Heidemarie Geese / Jürgen Maurer / Bettina Riebesel / Matthias Brenner / Andreas Rehschuh / Berndt Stübner / Grit Stephan / Wolf Dieter Rammler / Jörg Lichtenstein / Frank Sieckel / Jochen Noch / Werner Godemann / Manon Rockstroh / Fred Arthur Geppert / Lissa Schwerm / Christoph Wünsch / Stephanie Schönfeld
... und noch viel mehr.

Spannend und rätselhaft

Die Oper spielt in Dreilinden „The Turn of the Screw“

Von **WERNER WOLF**

Es ist in Leipzig selten geworden, dass eine Operninszenierung, zumal eines Werkes aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, so einmütig aufgenommen wird, wie die von Benjamin Brittens Bühnenstück mit dem seltsamen, schwer zu übersetzenden Titel „The Turn of the Screw“. Während das Wort Screw in diesem Zusammenhang verhältnismäßig eindeutig mit Schraube übersetzt werden kann, steht Turn für Drehung, Anziehen, Biegung, Krümmung, Wendung der Schraube. Die Schraube kann jedoch als Gegenstand, aber auch als Symbol für die beiden im Mittelpunkt des Werkes stehenden Waisenkinder Miles und Flora aufgefasst werden. Das lassen Britten und seine Librettistin Myfanwy Piper aus guten Gründen so offen wie Henry James, der Autor der gleichnamigen, als Textgrundlage verwendeten Novelle. Doch nicht nur das bleibt offen und rätselhaft, sondern das gesamte Bühnengeschehen und dessen Schluss.

Warum verhalten sich die beiden Waisenkinder Miles und Flora im Landhaus Bly einerseits so merkwürdig ängstlich und andererseits dann wieder so überdreht? Welchen Einfluss hatte der inzwischen gestorbene einstige Diener Peter Quint, der schattenhaft durch das Werk geistert, auf die Kinder, speziell auf Miles? Was mag er ihnen angetan haben oder an grausamen, sie unentwegt verfolgenden Vorstellungen aufgedrängt haben? Welche Rolle spielte die ebenfalls herumgeisternde frühere Gouvernante Jessel im Leben der Kinder? Das alles ist und bleibt für die zu Beginn des Stückes eingeführte neue namenlose Gouvernante rätselhaft. Sie vermag die Ursachen des in den sechzehn Szenen jäh umschlagenden Verhaltens der beiden nicht zu ergründen und wendet sich ratlos an den fernen Onkel und Vormund, der sich ganz und gar nicht für die Kinder interessiert.

Am Ende der Oper war nach dem starken Beifall auch die Frage zu hören war, was das Werk dem heutigen Theaterbesucher noch zu sagen habe. Darauf darf geantwortet werden, dass gerade die Mehrdeutigkeit des Bühnengeschehens und die Hintergründigkeit der fantasievollen, einzigartigen Musik zum Nachdenken darüber herausfordert, was heute nicht wenigen Kindern Angst und Schrecken einjagt, sie zu ähnlich gegensätzlichen Verhaltensweisen, darüber hinaus zu grausamen Taten veranlasst.

Der Regisseur Immo Karaman war gut beraten, den textlichen und musikalischen Vorgaben zu folgen und führt die Sängerdarsteller zu überzeugendem, stark beeindruckendem Spiel. Der von Immo Karaman entworfene wandelbare, dunkel-zwielichtig ge-färbte Bühnenbau schafft eine für ein englisches Landhaus charakteristische Atmosphäre.

Joan Rodgers als Gouvernante, Kathrin Göring als Haushälterin, Anne-Marie Seager als Miss Jessel wie auch die 14-jährige Fleur Todd vom Londoner Peter Kay Kinderchor als Flora, der Thomaner Jo-Fabius Kossack und Franz-Hermann Rehm von Freiberger Knabenchor alternierend als Miles zeichnen sich nicht nur mit ihrem Spiel, sondern ebenso mit ihrer musikalischen Gestaltung aus. Die Partie des Peter Quint und den Prolog singt Finnur Bjarnason, während der Tänzer Gabor Zsitva jun. die Gestalt Quints im Hintergrund geistern lässt.

Der Dirigent Balász Kocsár kostet mit den Gewandhausmusikern, deren Opernheimstatt ja von 1944 bis 1960 das Haus Dreilinden war, die Musik Benjamin Brittens mit ihrem melodischen, harmonischen, rhythmisch und klanglichen Reichtum tief bewegend aus. Da wäre während der Bauzeit im Opernhaus eine weitere Operneinstudierung in Dreilinden gut vorstellbar.

Gewandhaus glänzend auf USA-Tournee vorbereitet

Mit diesen Richard-Strauss-Aufführungen dürften das Gewandhausorchester und sein Dirigent Riccardo Chailly auf der USA-Reise vom 21. Februar bis 7. März beträchtliches Aufsehen erregen. Der „Don Juan“ stürmt mit einer alles bezwingenden Vitalität auf die Zuhörer ein. Die Pauken gehen anfangs sogar zu sehr ins Zeug und wirken fast wie Maschinengewehre. Doch die Streicher schwelgen, die Oboe und andere Instrumente werben unwiderstehlich mit zärtlichen „Gesängen“.

Auch die oft wilhelminisch gescholtene Tondichtung „Ein Heldenleben“ erhält unter Chaillys Leitung ein anderes Format. In ihr bildet „des Helden Friedenswerke“ mit der genialischen Themenkombination aus vorher entstandenen Werken den Hauptteil. Der vorangehende Abschnitt „des Helden Walstatt“ erweist sich als zwar aufdonnernde, jedoch entschieden ironische Auseinandersetzung mit Neidern und Spießern. Chailly macht deutlich, dass Strauss hier dem Heldengedöns einen Friedenshelden entgegen stellte. Der großen Besetzung entlockt der Dirigent allen denkbaren Glanz und all die unwahrscheinlichen Feinheiten der Partitur. Zudem fesselt in diesem vorab in Leipzig gebotenen Programm der chinesische Pianist Yundi Li als meisterlicher Solist des Klavierkonzertes Es-Dur von Franz Liszt.

Doch ebenso gefeiert werden dürfte auch Robert Schumanns erste Sinfonie und Gustav Mahlers „Fünfte“. So spannungsgeladen in all ihren bis ins Feinste ausgeformten Gegensätzen zwischen Tragik und Triumph war das Werk Mahlers kaum in Leipzig zu erleben.

Ein ungarisches Programm bot das MDR-Sinfonieorchester unter Leitung des jungen österreichischen Dirigenten Christian Arming. Zwischen dem berührenden „Klagegesang in memoriam Béla Bartók“ von Sandor Veress, und Bartóks ebenso vitalem wie hintergründigem Konzert für Orchester, erklang der lange nicht mehr aufgeführte „Psalmus hungaricus“ von Zoltan Kodaly. Der MDR-Chor bietet alle Voraussetzungen für eine vollendete Wiedergabe. Doch wer einst die exemplarischen Aufführungen unter Herbert Kegel erlebt hat, vermisste bei Armings Interpretation manches an Ausdruckstiefe und nationaler Eigenart des Werkes. • **W. W.**

Seltene Sichtweisen

MIT DER NEUEN AUSSTELLUNG „Jörg Immendorff. Das grafische Werk“ gewährt das Leipziger Museum für Druckkunst von Februar bis Mai einen seltenen und reizvollen Einblick in das druckgrafische Schaffen des international bekannten Künstlers.

Geboren 1945 in Bleckede bei Lüneburg, studierte er später an der Staatlichen Kunstakademie, unter anderem bei Joseph Beuys. Schon als Düsseldorfer Kunstlehrer mischte er sich mit seinen Mitteln in politische, aktuelle und gesellschaftliche Diskussionen ein.

Die Ausstellung, die jetzt in der Nonnenstraße für einige Wochen zu sehen ist, lohnt. Das Entrée zeigt die frühen Werke aus den 60er Jahren. Auch das berühmte LIDL- Baby. Das übrigens nichts mit einem Kaufmarkt zu tun hat. Die spätere Freundschaft zu dem Dresdner A. R. Penck stimuliert Immendorff, Thematiken des geteilten Deutschland in Grafiken und Gemälden zu diskutieren. Da sollte man sich schon etliche Minuten Zeit nehmen, um seine Sicht auf das Brandenburger Tor zu begutachten.

Der Kunstsammler Dirk Geuer bei der Ausstellungseröffnung in Leipzig vor dem „Brandenburger Tor“

Foto:Fiebelkorn

Anlässlich dieser Ausstellung wurden im Museum für Druckkunst exklusiv zwei Immendorff-Grafiken „Doppelaffe“ und „Malerbiene“ (IMME!!)hergestellt. Damit beweist das Museum auf unverwechselbare Art eine gelungene Mischung zwischen lebendiger Ausstellungstätigkeit und gediegener Druckkunst.Immendorffs beginnende Krankheit zwang ihn zu einem Wechsel der malenden Hand von rechts nach links. Das verändert auch sein Bildrepertoire. LN-Tipp:Anschauen.

• **-CK**

Öffnungszeiten: Mo-Fr: 10-17 Uhr
So:11-17 Uhr. Nonnenstraße 38.
www.druckkunst-museum.de

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Vergessen?

Von **MICHAEL ZOCK**

Frauen werden zur Zeit in Fernsehkolumnen hochgehandelt. Da nun die Anne auf Sabines Stühlchen sitzen darf, bringen Zeitungen deutsche Fernsehfrauen in Erinnerung. Die östliche Hälfte wird dabei schlichtweg vergessen. So behauptet leider auch die Ost-West Wochenzeitung FREITAG, dass Wibke Bruns, die erste Frau war, die am 12. Mai 1971 in der 22.15 Ausgabe der ZDF Sendung „heute“ die Nachrichten verlas. Dieser Fakt stimmt, aber nicht, „sie wäre die erste Nachrichten-Frau im deutschen TV“ gewesen. Nein, so war es nicht und da möchte ich die längst nicht mehr nötigen Antennen doch nochmal in Richtung Adlershof drehen. Auch weil wir jetzt bald den Internationalen Frauentag begehen.

Am 8. März 1963 (!) las Anne- Rose Neumann erstmals die Nachrichten der Aktuellen Kamera. Der geplante Auftritt wurde zunächst noch verschwiegen. Auf dem Programm-Ablauf stand ihr Kollege Hans- Dieter Lange. Als aber Anne-Rose Neumann ihre Premiere nun endlich am Frauentag haben sollte,war die Frage: Was soll sie anziehen? Von der Tagesschau konnte man sich nichts abgucken, denn die Blume des dortigen Chefsprechers Herrn Köpcke im Knopfloch, war nicht ganz passend, also suchte man in der Sowjetunion. Aber dort gab es – wie im ganzen sozialistischen Lager – noch keine Fernsehnachrichtensprecherin. USA – auch Fehlanzeige. Nur in Japan war weiblicher Charme auf dem Nachrichtenschirm. Und der trug eine Kostümjacke.(Was auch sonst?) Anne-Rose bekam auch eine ... von der Interflug. Und am 8. März 1963, war sie nun auf dem Bildschirm:„Guten Abend meine Damen und Herren. Wie in vielen Ländern der Welt , wird heute der Internationale Frauentag auch in allen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik mit Festveranstaltungen der besten und aktivsten Frauengruppen begangen ...“ Ja , das waren lange Sätze, die man ohne Versprecher wirklich üben musste. Sie packte es. Alles heute vergessen?

Ja, Frau Berghoff und Frau Bruns die Frau Neumann wars. Sie studierte später in Leipzig-Journalistik und baute danach die Intervison, das Gegenstück der Eurovision mit auf. Einzige Bedingung dabei: nicht zurück vor die Kamera. Diese Episode aus Adlershof ist heute, der FREITAG beweist es, offenbar ausgeblendet. LEIPZIGS NEUE kramte in Archiven und wollte allen Herren und Damen, das nicht vorenthalten, weil der 8. März bald auf dem Kalender steht.

Dass die Frauen das letzte Wort haben, beruht hauptsächlich darauf, dass den Männern nichts mehr einfällt.

Hanne Wieder (Schauspielerin)
1929–1990

Antikriegsbuch von aktueller Bedeutung

Das von David Stevenson verfasste Standardwerk *1914–1918. Der Erste Weltkrieg*, übersetzt aus dem Englischen von Harald Ehrhardt und Ursula Vones-Liebenstein, ist eine Gesamtsicht auf jenen globalen Krieg, der als Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts die „Voraussetzung kommender Katastrophen, einschließlich des Zweiten Weltkrieges", war. Im Unterschied zu anderen Katastrophen – zum Beispiel zu den über dreißig Millionen Opfern der Grippe-Pandemie der Jahre 1918/19 – war der Erste Weltkrieg eine „durch politisches Handeln hervorgerufene Katastrophe". Seine Opfer starben nicht an einem unsichtbaren Virus, sondern in Folge einer erkennbaren „bewussten Politik". Dieser Krieg, begonnen als traditioneller Staatenkrieg mit kalkuliertem Einsatz politischer und militärischer Machtmittel, entwickelte eine nicht mehr beherrschbare Eigendynamik. Er wurde zu einer Zeitenwende, die Oswald Spengler als „Untergang des Abendlandes" und Wolfgang J. Mommsen als der „Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters" bezeichnete.

Stevenson behandelt solche Fragen wie Kriegsziele und Friedensverhandlungen, Ausweitung, Strategie, Technologie,

Foto: privat

Logistik und Taktik des Krieges, Rüstung und Wirtschaft, Menschenkraft und Truppenmoral sowie innenpolitische Entwicklungen in den kriegführenden Ländern, die Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Menschen und die Arbeiterbewegung. Hinsichtlich der realen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, den er als Prototyp einer neuen Form der Konfliktaustragung bezeichnet, spannt er den Bogen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Er verweist darauf, dass, wenn auch der Erste Weltkrieg mit seinem Vermächtnis und seinem kollektiven Erinnerungspotential aus der vordersten Front der zeitgenössischen Ereignisse zurücktritt, dennoch jede Entscheidung zum Krieg mit der historischen Tatsache konfrontiert werden muss, dass ein Krieg die Dinge, die Ursache für seinen Beginn waren, nur noch schlimmer machen kann. „Alle militärischen Unternehmen, so legitim ihre Motive auch sein mögen, bergen das Risiko, dass sie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zwischen Zweck und Mittel verletzen und dass sie zu einem schlechten Krieg und zu einem schlechten Frieden führen werden." Ganz in diesem Sinne sieht Stevenson die aus der Analyse der Globalität des Ersten Weltkrieges gewonnenen Einsichten als universell anwendbar, als „machtvolle Warnung" davor, die Erkenntnis zu verdunkeln, dass Kriege immer eine Tragödie sind. Da nach dem Kalten Krieg die heißen Kriege keineswegs abgenommen haben, sondern „vielmehr zu einer häufigen und gewohnten Erscheinung geworden" sind, ist Stevensons Buch über den Ersten Weltkrieg, das ohne Zweifel ein Antikriegsbuch ist, von höchst aktueller Bedeutung.

• KURT SCHNEIDER

David Stevenson: 1914-1918. Der Erste Weltkrieg. Artemis & Winkler Verlag, Düsseldorf 2006. 799 Seiten, 39,90 Euro

Gespräche mit dem linken Christen Ramelow

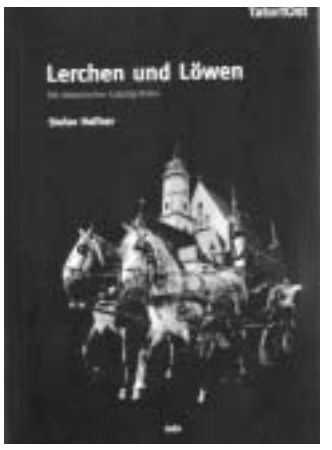
Wer ist dieser Bodo Ramelow – der sich konservativ-evangelisch nennt, im Ohr einen Glitzerstein und an den Fingern gleich mehrere Silberringe hat, der einst, im Westen, hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär war, seit 1999 Mitglied der PDS ist, in Thüringen Fraktionsvorsitzender wurde und den Bundestagswahlkampf so erfolgreich managte, dass die Partei mit einer besonders starken Fraktion ins oberste Parlament zurückkehren konnte? Und der nun die Weichen stellt für die wahrlich nicht unkomplizierte Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG, ja, sie geistig und praktisch organisiert.

Der 49-jährige Niedersachsenennt sich ein „Kind der Nach-68er Bewegung", unter Freunden und Gegner gilt er als „harter Knochen", als gewiefter Taktiker. Hans-Dieter Schütt hat mit seinen Gesprächen mit Ramelow nicht nur den zehnten Band einer erfolgreichen Reihe vorgelegt, sondern lässt den Leser einen für die PDS wichtigen Vermittler zwischen den Generationen, zwischen Ost und West, zwischen Pragmatikern und Visionären verstehen lernen.

• G. W.

Hans-Dieter Schütt: Gläubig und Genosse. Gespräche mit Bodo Ramelow. dietz berlin, 2006. 160 S., 9,90 Euro

Ein Leipziger Krimi, in den Theodor Fontane verwickelt ist



Der historische Roman (auf seine Weise ist schließlich jeder gleichzeitig ein Krimi, denn es ging doch immer um Machterhalt, Intrigen, Raub ganzer Länder, Brudermord ...) ist eine kreative Annäherung an die Geheimnisse der Vergangenheit, an das Gesicht einer fernen Zeit – vielleicht auch für viele ein erster Schritt, um dann zum Sachbuch zu greifen.

Eine solche Annäherung erfuhr ich jetzt durch Stefan Haffner und seinen historischen Leipzig-Krimi „Lerchen und Löwen" – ein bis auf die letzte Seite mit Überraschungen aufwartender Roman über eine ganz besondere Leipziger Nachkriegszeit, wie sie mir noch keine Geschichtslektion so unter die Haut gehend nahegebracht hat. Die Völkerschlacht, um deren Nachwehen es geht, ist im Jahr 1842, in dem Bauer Wiegand an einem kalten Wintertag eine übel zugerichtete Leiche findet, längst Geschichte. So möchte man meinen. Eine neue Generation ist schließlich herangewachsen, mit ihren Sorgen, ihren Hoffnungen. Und doch sind die Greuel der Massenschlachterei aus den Oktobertagen 1812 nicht bewältigt. Kommissar Martin Held ist lebendiges Beispiel, wie die Abgründe dieses Kriegsgeschehens die Überlebenden, auch die „am Rande" Beteiligten noch nach Jahrzehnten prägte. Ich denke nicht daran, Einzelheiten aus diesem Krimi – einem außerordentlich detailreichen (und der Zeit angemessen derben) Sittengemälde – zu schildern, freue mich aber schon auf ein neues Zusammentreffen mit Martin Held, seinen Freund, den Barbier Gustav, den Männern des Polizeireviers ... Denn dieser Band ist der erste Teil einer Trilogie rund um die „Kinder der Völkerschlacht".

Es gibt Historiker, die sind frustriert über die derzeitige Schwemme historischer Krimis (es gibt sie ja über das alte Rom ebenso wie über Ramses II. oder den Mittelalter-Detektiv Mönch Cadfael). Dies sei eine die Geschichte verfälschende Übertragung moderner Gedankenwelt in Zeiten, die ganz anders waren, oder so ähnlich. Las ich kürzlich. Aber wie oft griff ich nach einem Krimi interessiert zum entsprechenden Sachbuch und war überrascht, wie gut mich der Roman schon informiert hatte.

Zudem weiß man gerade von Intellektuellen (erinnert sei nur an Brecht und Eisler), dass sie Kriminalgeschichten lieben, egal, wann und wo sie angesiedelt sind. Die Flexibiliät, die Phantasie, die nötig sind, um das Hell und Dunkel zu entwirren, törnt einfach an. Und was die Kritik an der unzulässigen Projektion unserer Lebensart und Gedankenwelt auf vergangene Zeiten betrifft: Dachten und fühlten Menschen vor 200 oder 2000 Jahren, nur weil Handys oder 200-PS-Boliden noch nicht vorkamen, wirklich so anders?

Lassen Sie sich ein in dieses historische Rollenspiel, in dem das schnellste Fortbewegungsmittel immerhin schon der Dampfzug Leipzig–Dresden ist. Sie werden viel über das Ewig-Menschliche und auch das Ewig-Unmenschliche lernen.

• M. WARTELSTEINER

Stefan Haffner. Lerchen und Löwen. ein historischer Leipzig-Krimi. Mitteldeutscher Verlag GmbH, Halle 2006. 280 S, 9,90 Euro.

Der Rote Zar – eine jüngere Herrschergeschichte

Dieses Buch bietet spannende Lektüre. Ein Stück Herrschaftsgeschichte (1932–53) wird hier zum Roman, zum Politkrimi und – zum Sittengemälde. Der britische Verfasser macht uns zum Voyeur, lässt uns aus beklemmender Nähe miterleben, was man im innersten Zirkel Stalinscher Macht so trieb – in endlosen Moskauer Sitzungsnächten und in sonnigen Urlaubstagen am Schwarzen Meer. Wie es zuging, wenn Kampagnen ausgeheckt, erfindungsreich immer neue Kategorien von inneren Feinden ausgemacht und der Vernichtung ausgeliefert wurden … Ein schwüles, alkoholgeschwängertes Klima der Intrige, der Ausschweifungen, ungehemmter Brutalitäten, in das auch die nächsten Angehörigen der Machthaber, nicht selten mit tragischen Folgen, hineingezogen wurden.

*

Man fragt sich: Ist dieses alles glaubhaft verbürgt? Der Verfasser jedenfalls ist äußerst fleißig gewesen, hat keine Mühe gescheut, um aus Archivfunden, zahlreichen Befragungen von Zeitzeugen, Angehörigen, durch den Besuch aller Handlungsorte ein maximal authentisches Bild der Vorgänge zu entwerfen, das im Ganzen unwiderlegbar sein dürfte. Rezensenten haben es ihm bescheinigt. Man mag weiter fragen: Erschließt sich so Geschichte? Die Antwort überlasse ich Historikern. Auf jeden Fall liefert das Buch ein Bild von der „Qualität" der Akteure! Wer agiert da eigentlich? Haben wir es mit der politischen Führung zu tun oder (obwohl Stalins Intelligenz und Belesenheit, Molotows Talente, Mikojans „menschlichere" Eigenschaften nicht unterschlagen werden) einer Komplizenschaft mordlustiger Gesellen, denen „alles erlaubt" scheint? Welch ein Abstieg im Vergleich zu jenen kultivierten Persönlichkeiten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, die sich in Theorie und Praxis um würdige Nachfolge von Marx und Engels mühten! Kein Respekt vor dem menschlichen Leben, geschweige denn eine Ahnung von Demokratie. Das ist, so scheint mir, der Kern von „Stalinismus"! Wie fatal, dass der Sozialismus, als er zu uns kam, diese Prägung hatte!

*

Übrigens: Die deutsche Fassung des Buchtextes, in unsäglicher, willkürlicher Transkription russischer Wörter, enthält eine Reihe blamabler sachlicher Fehler. Aber bei „östlicher" Thematik geht eben vieles unbeanstandet durch …

• WILLI BEITZ

Simon Sebag Montefiore: Stalin. Am Hof des Roten Zaren. Aus dem Englischen von Hans Günter Holl. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2006. 874 Seiten, 12,95 Euro

KALENDERBLATT

Gerhart Eisler

1897–1968

Gerhart Eisler, der ältere Bruder des Komponisten Hanns Eisler und der zeitweiligen KPD-Vorsitzenden Ruth Fischer (1924/25), war nicht nur Ulbrichts Rundfunkmann, er war mehr.

Am 20. Februar 1897 als Sohn eines österreichischen Philosophie-Professors in Leipzig geboren, wurde er nach seinem Kriegsdienst in der k.u.k. Armee 1918 Mitglied der KPÖ. 1921 ging er nach Deutschland, wo er zunächst Sekretär der Zeitschrift *Die Internationale* und danach Chefredakteur des Abendblattes der *Roten Fahne* war. Wie seine Schwester Ruth Fischer gehörte er zur linken Opposition in der KPD und wandte sich 1928 gegen den ultralinken Kurs der Partei. Thälmanns Verhalten in der Wittorf-Affäre verurteilend, trat er für dessen Ablösung als Vorsitzender der KPD ein.

Nach Stalins Eingreifen wurde G. Eisler aufs schärfste angegriffen. Er verlor seine Funktion als Kandidat des Politbüros und wurde nach Moskau abberufen. Nach einem Gespräch mit Stalin wurde er in den Komitern-Apparat aufgenommen, für den er u. a. Tätigkeiten in China (1929-1931) und in den USA (1931-1933) ausübte. Danach war er wieder für die KPD tätig, wurde in ihr ZK und Politbüro kooptiert und gehörte ihrer Auslandsleitung in Prag und Paris an. Zusammen mit Lex Ende war er Redakteur der *Deutschen Volkszeitung*.

Nach Kriegsausbruch zunächst in Frankreich interniert, verschlug es ihn in die USA, wo er in vielfältiger Weise journalistisch tätig war. Als er 1946 nach Deutschland zurückkehren wollte, wurde das polizeilich verhindert. 1948 wurde er wegen seiner Tätigkeit als Komitern-Agent Hans Berger verhaftet und zu vier Jahren Haft verurteilt. Gegen eine Kaution freigelassen, floh er im Mai 1949 auf dem polnischen Dampfer Batory aus den USA.

In der DDR wird er Leiter des Amtes für Information. Am 18. Februar 1951 veröffentlichte die *Tägliche Rundschau* G. Eislers „Selbstkritik" zu seinen Aktivitäten vor 1929. Im Dezember 1952 wird das von ihm geleitete Amt, als Ansammlung von Westemigranten verpönt, aufgelöst. Am 27. September 1955 wandte sich G. Eisler, bis dahin journalistisch freiberuflich tätig, an W. Ulbricht und H. Matern, und forderte den Abschluss der Untersuchungen zu seiner Person und einen Arbeitsplatz. „Die Geduld und Disziplin eines alten Kommunisten können nicht darin bestehen", schrieb er, „viele Jahre hindurch, ohne Hoffnung auf ein Ende, Schindluder mit sich treiben zu lassen." Im Oktober 1956 wurde er – unterstützt von Albert Norden – stellv. Leiter des „Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR" und am 30. März 1962 dessen Vorsitzender. Danach wurde er mehrfach ausgezeichnet, so mit dem *Karl-Marx-Orden* und als *Held der Arbeit*. Am 21. März 1968 verstarb Gerhart Eisler während eines Aufenthaltes in der Sowjetunion.

• KURT SCHNEIDER

Vor 60 Jahren wurde am Internationalen Frauentag der DFD gegründet

Viele DFD-Aufgaben wieder aktuell

Als am 8. März 1947 in Berlin der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet wurde, lag das Ende des Zweiten Weltkrieges erst kurze Zeit zurück. Das Land lag in Trümmern, war noch zusätzlich malträtiert durch einen besonders strengen Winter. Nie zuvor in der neueren deutschen Geschichte hatte es einen derartigen Aderlass gegeben, der das Gros ganzer Jahrgänge an Männern hinweggerafft hatte oder noch jahrelang in Gefangenschaft festhielt und die Frauen in eine große Verantwortung zwang.

Von 1945 an waren in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone antifaschistische Frauenausschüsse gebildet worden, denen ein Zentraler Ausschuss vorstand. Auf seine Initiative hin wurde im Dezember 1946 ein Vorbereitendes Komitee zur Schaffung einer einheitlichen demokratischen Frauenorganisation gebildet, dem 79 Frauen aus allen Kreisen der Bevölkerung angehörten. Nachdem alle Parteien erklärt hatten, auf die Gründung eigener Frauenorganisationen zu verzichten, wandte sich das Vorbereitende Komitee am 28. Januar 1947 an die SMAD mit der Bitte, eine einheitliche Frauenorganisation mit dem Namen „Demokratischer Frauenbund Deutschlands" zu genehmigen.

Der Gründungskongress des DFD fand vom 7. bis 9. März 1947 statt, an ihm nahmen rund 1000 Delegierte aus ganz Deutschland teil. Die im Gründungsprogramm enthaltenen antifaschistisch-demokratischen Ziele bekundeten:

alle reaktionären Bestrebungen zu bekämpfen und an der Überwindung des faschistischen Gedankengutes mitzuwirken;

an der Förderung und dem Ausbau der staatsbürgerlichen und beruflichen Bildung und Rechte der Frauen teilzunehmen; mitzuwirken, dass in einer künftigen deutschen Verfassung und Gesetzgebung die volle Gleichberechtigung der Frauen verankert wird;

sich für die Schaffung gerechter sozialer Lebensbedingungen einzusetzen;

Einfluss auf das kulturelle Leben zu nehmen und die Erziehung der Kinder im Geiste des Humanismus und des Friedens zu gewährleisten;

für die Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen demokratischen Frauenbewegung aller Länder zu wirken.

Die Delegierten bekundeten in einem Aufruf „Wir dürfen niemals mehr zulassen, dass über Deutschlands Gestaltung und Geschicke ohne uns Frauen entschieden wird. Wir werden von jetzt an mitwissen, mitverantworten und mitbestimmen."

Der Gründungskongress wählte Anne-Marie Durand-Wever zur Vorsitzenden, Helene Beer, Emmy Damerius-Koenen, Käthe Kern und Else Lüders als stellvertretende Vorsitzende. Von Anbeginn arbeitete der DFD in der Internationalen Frauenföderation (IDFF) mit und wurde im Dezember 1948 auch dessen offizielles Mitglied. Die Gründung des DFD in der Bundesrepublik begann erst am 1. und 2. April 1950 mit der Gründung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, dem die Gründung der weiteren Landesverbände folgte. Hier stellte sich der DFD das Ziel, die westdeutschen Frauen im Kampf um Frieden, Demokratie und Gleichberechtigung zu vereinen. Im bereits eingesetzten Kalten Krieg wurde der DFD mit denn Etikett einer kommunistischen Organisation versehen und am 10. April 195 7 gemäß einer Vereinbarung der westdeutschen Innenminister verboten.

Als demokratische Massenorganisation entstanden, war der DFD in der DDR nach dem Territorialprinzip aufgebaut und wirkte hauptsächlich in den Wohngebieten und Gemeinden. In den den achtziger Jahren hatte er rund 1,3 Millionen Mitglieder. Zahlreiche DFD-Mitglieder arbeiteten in Elternbeiräten und anderen gesellschaftlichen Funktionen. Der DFD befasste sich besonders mit den nicht berufstätigen Frauen und bemühte sich, auch sie in das geistig-kulturelle Leben einzubeziehen.

In den Betrieben und Institutionen wirkende Frauenausschüsse waren organisatorisch und inhaltlich zwar nicht an den DFD gebunden, wirkten jedoch an allen Entscheidungen maßgeblich mit. Was beim hohen Beschäftigungsgrad der Frauen in der DDR deren Gleichberechtigung förderte.

Das Mitwirken des DFD in der Volkskammer der DDR mit einer eigenen Fraktion, im Demokratischen Block in der Nationalen Front und in den örtlichen Volksvertretungen war ein Ausdruck dafür, in welchem hohen Maße die Frauen zur gesellschaftlichen Entwicklung der DDR beigetragen haben. Mit ihrem Zusammenbruch verlor auch der DFD an Bedeutung, es existiert noch ein dfd.

In der bundesdeutschen Gesellschaft sind die meisten Aufgaben und Ziele, für die die Gründungsmitglieder des DFD am Internationalen Frauentag vor sechzig Jahren eintraten, wieder aktuell. • W.ST./K.SCH.

Februarrevolution 1917

Am 23. Februar des seinerzeitigen russischen Kalenders (8. März) 1917 demonstrierten in Petrograd die Frauen für mehr Brot. Arbeiter der Putilow-Werke schlossen sich ihnen an. Es kam zum Generalstreik und zu ersten bewaffneten Zusammenstößen mit der Armee und der Polizei. Am 26. Februar erteilte der Zar den Schießbefehl, um den Streik, an dem sich in der Stadt über 200 000 Arbeiter beteiligten, rücksichtslos niederzuschlagen. Doch das Überlaufen der Petrograder Garnison auf die Seite der Streikenden und Demonstranten sowie der Übergang zum bewaffneten Aufstand, der aufs Land übergriff, besiegelte das Ende des Zarismus und den Sieg der Revolution. Es entstand die Provisorische Regierung unter Fürst G. J. Lwow, die den Krieg fortführte. Zugleich waren im ganzen Land Sowjets entstanden. Somit hatte sich eine Doppelherrschaft herausgebildet.

Foto: LN-Archiv

Aus der Geschichte lernen – heute rechtzeitig handeln! – NPD-Verbot jetzt!

Aufruf zur Unterschriftensammlung

Der Landesverbandes VVN-BdA Sachsen lädt für den 27. Februar 2007 nach Leipzig ein

Seit dem 25. Januar 2007 läuft bundesweit unter der Losung „nonpd" eine Unterschriftenaktion der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), um ein erneutes, diesmal erfolgreiches Verbotsverfahren gegen die NPD anzustreben.

In vielen Städten fanden dazu Ende Januar Auftaktveranstaltungen statt. Seitdem setzen sich tausende Bürger und viele Organisationen unterstützend für diese Aktion ein.

Wir Antifaschisten aus Sachsen wenden uns gerade deshalb an Sie, weil Sie als Leser von Leipzigs Neue seit vielen Jahren engagiert gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auftreten.

Bitte unterstützen auch Sie mit Ihrer Unterschrift unsere Kampagne zum Verbotsantrag der NPD. Eine Unterschriftenliste ist dieser Ausgabe von Leipzigs Neue beigelegt. Weitere ausführliche Informationen über die Kampagne finden Sie auf der Internetseite www.npd-verbot-jetzt.de .

Unser Landesverband Sachsen wird am Dienstag, dem 27. Februar 2007, dem 74. Jahrestag des Reichstagsbrandes, eine Auftaktveranstaltung zum Thema „Aus der Geschichte lernen – heute rechtzeitig handeln! – NPD-Verbot jetzt!" in Leipzig durchführen. Wir laden Sie recht herzlich zur Teilnahme um 17.30 Uhr in den Veranstaltungssaal des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig (ZFL) in der Grimmaischen Straße 6, 04109 Leipzig ein.

Zum Ablauf der Veranstaltung (Änderungen vorbehalten):

Nach der Begrüßung durch Frido Seydewitz, Ehrenvorsitzender des LV VVN-BdA Sachsen, hält Prof. Ernstgert Kalbe einen Vortrag zum 74. Jahrestag von Reichstagsbrand und -prozess.

Zeitzeugen des Faschismus (Ruth Lang, Karl Hauke, Christa Gottschalk) erinnern und mahnen. Leipziger Bürgerinitiativen berichten über ihre Aktivitäten gegen Neonazis heute.

Das Schlusswort hält Prof. em. Dr. Hans Lauter, Ehrenvorsitzender des LV VVN-BdA Sachsen.

Von KLAUS HUHN

Sportkolumne

Hooligans und andere ....

Ich ereifere mich nicht, werde auch nicht einen bevorstehenden Weltuntergang verkünden, doch kann LN nicht darauf verzichten, dem Fußballskandal einige Zeilen zu widmen. Dass die *Süddeutsche Zeitung* die Gelegenheit nutzte und ihre Betrachtung mit Tritten gegen die „Ossis" begann, überraschte nicht sonderlich. *„Auch wenn es nicht zum Scherzen ist"*, begann Kolumnist Thomas Kistner, *„die Frage sei erlaubt: Wie darf man sich das vorstellen, wenn, wie nun behauptet, die Klubchefs von Lok Leipzig mit Vertretern von Stadt und Polizei zu ihrer üblichen ‚Sicherheitskonferenz' zusammentreffen? Kommt es da nicht schon umständehalber zu markigen Beschuldigungen, etwa, wenn die Polizisten beklagen, dass ihnen das Ordnungspersonal des Vereins verdächtig bekannt vorkommt – weil es zum Teil dieselben Personen seien, die ihnen bei Auswärtsspielen als gewaltbereite Fans gegenüberstehen? Oder gibt es Seitenhiebe auf den Lok-Vorsitzenden, der selbst auf Jugendsünden im Milieu verweisen kann?"*

Verzichten wir darauf, derlei Schwachsinn zu kommentieren und widmen uns dem Thema an sich. Die Liste der Skandale auf Fußballplätzen ist nahezu endlos. Sie erreichte einen tragischen Höhepunkt am 29. Mai 1985, im Brüsseler Heysel-Stadion, wo Juventus Turin und der FC Liverpool das Finale um den Europapokal bestreiten sollten. Ein Kartenhändler, der sich zusätzliche Einnahmen versprach, war letztlich schuld daran, dass sich die Fans beider Mannschaften zu nahe kamen. Der losbrechende Tumult führte zu Panik, eine Tribüne stürzte ein. 39 Tote und 400 Verletzte waren zu beklagen. Das Spiel wurde dennoch angepfiffen, um das Chaos nicht noch weiter ausufern zu lassen, aber nach dem durch ein Tor von Platini mit Juventus-Sieg endenden Finale wurde im Heysel-Stadion nie wieder ein Fußballspiel ausgetragen. Zwanzig Jahre nach der Tragödie weihte man eine riesige Sonnenuhr ein, die die Namen der 39 Toten trägt.

Die Heysel-Tragödie lieferte einen Beweis dafür, dass Fußballskandale überall möglich sind, also auch recht weit entfernt von der Heimat der Mannschaften. Soziologen haben sich seit Jahrzehnten bemüht, den Wurzeln der Erscheinung nachzuspüren. Schlüssige Resultate, die etwa helfen könnten, dem Phänomen beizukommen, lieferten sie nicht. Historiker widmeten sich dem Begriff „Hooligan" und führten ihn zum einen auf eine prügelwütige irische Familie namens O' Hoolihan zurück und zum anderen auf deren Landsmann Patrick Hooligan, der 1898 in einem Londoner Polizei-Bericht als Randalierer und Anführer einer Jugendbande notiert wurde. Das passte, denn das Wort „hooley" stammt aus dem Irischen und bedeutet „wild". Die ersten von Hooligans ausgelösten Randalen wurden Ende des 19. Jahrhundert registriert. Angeblich sehen Hooligans ein Motiv für ihr Verhalten in der simplen Absicht, dem Gegner zu demonstrieren, dass man stärker sei. Anziehend sei auch der Zusammenhalt in einer Gruppe „harter Männer". Angeblich gilt sogar eine Art Ehrenkodex, nach dem nie unbeteiligte Zuschauer, sondern nur gegnerische Fans angegriffen werden. Diese Behauptung ist jedoch sehr fragwürdig. Weit bedenklicher sind die politisch extrem rechten Positionen vieler Hooligans. Rechte Ideologie entspricht durchaus der Denkwelt aller prügelnd ihre Stärke Demonstrierenden. Soziologen fanden heraus, dass Hooligans aus fast allen sozialen Schichten kommen. Arbeiter lassen an der Seite von Akademikern die Fäuste fliegen. Auch die Altersgrenzen sind flexibel. Sie reichen von 14 bis Ende 40.

Ein Motiv verbindet sie sogar mit der Haltung der Fußballanhänger, die jede Gewalt ablehnen: Man steht unter seinesgleichen auf der Tribüne und fühlt sich auf der Seite der „Sieger" – selbst wenn die Mannschaft verliert. Konkreter: Auch der Hartz-IV-Empfänger fühlt sich auf den Stadiontraversen nicht als Verlierer. Er wird rundum akzeptiert – der Schal genügt! Man lässt die Stimmung auf Arbeitsamtfluren für Stunden weit hinter sich.

Und wie wird man der Hooligans Herr? Die überzeugendste Antwort kam unlängst aus Italien: In dem man sie aussperrt und die Mannschaften vor leeren Tribünen spielen lässt. Das aber würde auch das Ende des Fußballs bedeuten, denn woher sollte bei leeren Rängen das Geld für die Stars und die Abfindungen für die gefeuerten Trainer kommen? Und niemand weiß, ob sich die Hooligans dann nicht einen anderen Schauplatz für ihre Prügeleien suchen würden. Derzeit bliebe also nur die Lösung, noch mehr Polizei zu mobilisieren. Die könnte zwar die übelsten Randalierer festnehmen, doch weiß jeder, dass die spätestens am Abend wieder frei wären. So sind nun mal die Gesetze ...

Und die Folge? Als sich der Vorstand des FC Lok verpflichtete, alle ihm bekannten Gewalttäter zu benennen, bekannte der Vorsitzende Steffen Kubald: *„Wissen Sie überhaupt, in welche Gefahr ich mich da begebe? Ich habe ein Kind."*

Morddrohungen sind nichts Neues. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) konstatierte, dass die Polizei längst an ihre Grenzen stoße: *„Wir sind am Rande der Kapazität angelangt."* In der Hinrunde der laufenden Saison waren bei den Oberliga- und Regionalligaspielen in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt jeweils 75 Beamte pro Spiel im Einsatz. Der Rekordeinsatz war beim Derby zwischen dem Halleschem FC und dem FC Magdeburg in Halle: über 800 Polizeibeamte. Die Polizei – so der Minister – sei *„nicht der Ausputzer für alle Probleme"*.

Vielleicht haben die Spieler und Trainer des 1. FC Lok Leipzig eine Lösung gefunden. Sie entschieden : *„Wir nehmen uns das Recht heraus, vom Platz zu gehen, wenn wir diese Randalierer noch einmal in einem Stadion sehen!"*, sagte Mannschaftskapitän Holger Krauß. Denkbar wäre es, dass die tatsächlich am Fußball Interessierten dann selbst den Randalierern die rote Karte zeigen. Das könnte die Hooligans isolieren. Und darum geht es!

„Endlich dabei“

Vor wenigen Tagen beschloss der Deutsche Bundestag den Einsatz deutscher Tornados in Afghanistan, um, wie Struck (SPD) seit einiger Zeit fordert, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen.
Damit nehmen zum dritten Mal deutsche Soldaten – die Einsätze im Verlauf des II. Weltkrieges nicht gerechnet – mit ihren Bombern an der Durchsetzung imperialistischer Weltherrschaftsansprüche teil.
Nun warnte der russische Präsident Wladimir Putin auf der Sicherheitskonferenz in München die USA und die Nato vor einer „ungezügelten Militäranwendung“ zur Lösung globaler Krisen.
Die Bundeswehr, umgestaltet zur „Armee im Einsatz“, will sich nicht mehr, wie noch in Jugoslawien, mit dem „Photografieren des Feindes“, begnügen, sondern an der Festlegung der Einsatzziele unmittelbar teilhaben.
Dazu hat der Deutsche Bundestag seine Zustimmung gegeben. Verschwiegen wurde den Menschen in diesem Land allerdings, dass sich bereits seit Monaten ein Kontingent von Luftwaffenspezialisten in Afghanistan befindet, um den Einsatz vorzubereiten.
Diese Praxis zeigt, dass das Gerede vom zivilen Aufbau eine Farce und andererseits das Land mit militärischer Gewalt nicht zu befrieden ist.
Deutschland hat nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums, die sehr anzuzweifeln sind, bisher 18 Soldaten vom Unteroffizier bis zum Oberstleutnant verloren. Verschwiegen wird hartnäckig die Zahl der Verwundeten und für immer Verstümmelten.

ERICH ROTT, VIERNHEIM

Die auf der *POST*-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Die „Diktatur“ und ihre „gut gemeinte soziale Absicht“

Da äußert sich Herr Böhmer, seines Zeichens CDU-Ministerpräsident von SachsenAnhalt, in einer für seine Partei bemerkenswerten Offenheit besorgt zu den Ursachen der Politik- und Demokratieverdrossenheit eines nicht geringen Teils seiner Landsleute: *„Alles das, was wir als Diktatur beklagen, ist Folge einer ursprünglich einmal gut gemeinten sozialen Absicht gewesen.“* Die Menschen seien *„vor allem deshalb enttäuscht, weil alles das was sie sich erhofft haben, so nicht aufging“*. Recht hat er mit seinen Feststellungen, obwohl gerade die „führende Partei“ CDU die Hauptschuld an dem in Ostdeutschland angerichteten Schlamassel trägt.
Die Meinung von Herrn Böhmer war kaum veröffentlicht, schon stürzen sich ehemalige Bürgerrechtler, namentlich der Region Leipzig, die bekanntermaßen schon immer als Scharfmacher gelten, auf ihn und werfen ihm Verharmlosung der DDR vor und tun gerade so als habe Böhmer Landesverrat begangen.
Die ehemaligen DDR-Bürger allerdings haben mehrheitlich ihren Staat eben nicht als „Unrechtsstaat“ oder gar als „zweite deutsche Diktatur“ (welche infame Gleichsetzung mit dem deutschen Faschismus!) wahrgenommen.
Ganze Generationen, die hier aufgewachsen sind, gearbeitet und gelebt haben, wollen nicht, dass ihre Lebensleistungen und Biographien ständig schlecht geredet werden oder ihre positiven Erinnerungen an die DDR aus ihrem Gedächtnis gelöscht werden sollen. Sie wollen als Bürger eines ehemals anderen deutschen Staates in Würde behandelt werden. Wenn vom Unrechtsstaat die Rede ist, wird inzwischen eher die BRD als solcher empfunden. So wurden den Bürgern viele Dinge, die sie sich in der DDR mühevoll erarbeitet und schätzen gelernt hatten, einfach weggenommen oder zumindest herabgewürdigt. Selbst die positivsten Erscheinungen wurden ins Negative umgedeutet. Mit dem derzeitigen niedrigen Lohnniveau wird sogar noch aus der Not eine Tugend gemacht, indem Investoren Ostdeutschland als Billiglohnland feilgeboten wird.
Ist es bei einem solchen Umgang mit den „lieben Brüdern und Schwestern im Osten“ ein Wunder, wenn bei der hiesigen Bevölkerung die Politik- und Demokratieverdrossenheit zunimmt sowie Frust und Wut wachsen.

G. FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

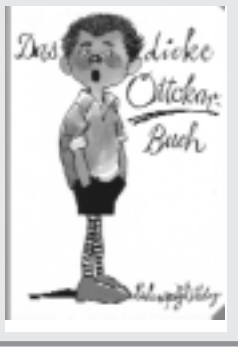
Wanderungen durch Neufünfland

Entdeckungen, Erinnerungen

DIESMAL BEGANN ICH MIT DER ENTDECKUNGSREISE direkt vor meiner Haustür und zwar vor einem Trümmerhaufen. Entsprechendes Gerät hat ein um die dreißig Jahre altes Haus zertrümmert und die Reste in Container gebaggert. In Kürze soll an gleicher Stelle ein neues entstehen und das attraktive Schild vor der Ruine empfiehlt allen Interessenten an Büroräumen, Arztpraxen und Luxuswohnungen, sich umgehend zu melden und Wünsche anzumelden. Was das abgerissene Gebäude beherbergte und vor allem, warum es abgerissen werden musste? Bis zu dem Augenblick, da die Ramme in die Straßenfront fuhr, konnte man es weithin lesen: *Jugendklub*. Zugegeben, ein Buchstabe fehlte schon, aber das minderte die Information nicht. Der Klub war seit Jahren nicht mehr in Betrieb, die Scheiben durch Steinwürfe zerstrümmert, die Fassade durch Brandspuren geschwärzt. Ganz am Ende handelte im Erdgeschoss noch eine hübsche Vietnamesin mit Blumen und ein Türke schaffte abends das Obst, das er tagsüber in seinem Stand nicht losgeworden war, in einen Kühlraum. Die beiden sollen den Abriss aufgehalten haben, aber das Problem wurde zügig gelöst: Eines Nachts brannte das Erdgeschoss aus. Bald darauf kam die Ramme. Warum ich Ihnen das alles lang und breit erzähle, obwohl derlei doch hierzulande fast jeden Tag geschieht? Weil ich meine Umwelt lange mit der Parabel unterhalten hatte, dies sei unser „Palast der Republik“. Der einen Steinwurf weiter errichtete neue Jugendklub ist etwa so groß, wie eine Garage für vier Autos. Das muss reichen. Wenn der „Palast der Republik“ verschwunden ist, wird es gar keinen mehr geben. Alles erinnerte mich an ein schon 1522 in der Stadt Wittenberg erlassenes Dekret: „Es sollen auch Bilder und Altäre in der Kirche entfernt werden, um Abgötterei zu vermeiden.“ Bei mir vor der Tür ist es im Grunde weniger eine Frage der Abgötterei, sondern wie man sich um die Jugend kümmert, aber es sind heute nicht mehr so viele wie früher, die das bewegt.
UND NOCH EINE PERSÖNLICHE ERINNERUNG bewegt den Wanderer. Wenn früher meine Schulferien begannen, machte ich mich auf den Weg zum Lehrter Bahnhof – heute der 1,2-Milliarden-Euro-Hauptbahnhof – und rollte im Vorortzug in das Städtchen, in dem meine Großeltern lebten. Nun denke ich darüber nach, ob ich mich morgen wieder auf den Weg machen soll. Wenn ich früher dort eintraf, stand der Großvater mit dem Ex-Polizeihund Alf von der Marschlingerhöh auf dem Bahnhof und lud mich als erstes zu einer Limonade – er trank natürlich ein Bier – in die Bahnhofsgaststätte. Heute morgen habe ich gelesen, dass der Bahnhof verkauft werden soll und wiewohl ich alles andere als vermögend bin, interessiert mich, was die Immobilie wohl kosten könnte. Bahnhöfe im Brandenburgischen werden möglicherweise nämlich im Dutzend verkauft. Ob die nicht mehr gebraucht werden? Auf dem Bahnsteig will man vier Pfeiler einrammen und ein Unterstelldach drübermontieren. Das reicht hierzulande. Und wem das nicht passt, der soll zum Berliner Hauptbahnhof fahren, wo man den ganzen Tag shoppen, Kaffeetrinken und Eis lecken kann. Ich habe mich entschlossen: Ich erkundige mich nach dem Preis des Bahnhofs. Vielleicht kann man mit den Leuten handeln?
AUF DEM WEG INS THÜRINGISCHE kamen wir durchs Jerichower Land und erfuhren, was auch unsere Leser erfahren sollten: Im Schloss Parchen wird eine Bildungslücke geschlossen, in dem man dort ein „Historisches Museum für Rittergüter“ eröffnet. Der jetzige Schlossbesitzer, ein Niederländer, ließ mitteilen: *„Das Museum wird ein Wissen wiedergeben, was von 1946 bis 1989 in der DDR-Zeit verboten war. Der Besucher soll erfahren, wie auf den Rittergütern gelebt wurde.“* Na denn! Ein dementsprechender Verein wurde im Magdeburger Kunstmuseum Klosterkirche Unser Lieben Frauen gegründet. Schon im Sommer soll es losgehen mit der Aufklärung der Ahnungslosen, und einige Adelsfamilien haben angekündigt, dass sie am Museum mitwirken wollen. Mithin: Wir werden Dinge erfahren, die man uns nie wissen ließ! (Es sei denn wir lasen Bücher oder sahen Filme wie *Wolf unter Wölfen*). • **KLAUS HUHN**

Leser werben Leser
Leser werben Leser
Leser werben Leser

Wir haben keine Millionen und auch kein Porzellan, das wir auf Wettiner Art zurückfordern können, um es zu versilbern.
Wir haben 1000 Ideen
und ein kleines Team, das im kommenden Jahr fünfzehn wird.
Wir brauchen Ihr Engagement,
um unsere Leserschar zu vergrößern
Wir können keine Straßenbahnen besprühen.
Wir wollen auch nicht 1000 Plakate kleben.
Wir setzen auf's Weitersagen und Ihre Leselust.
Aber: Wir öffnen eine große Bücherkiste



und spenden jedem LN-Leser für einen neuen LN-Abonnenten tolle, **von den Autoren signierte Bücher und CD**, die uns der **Eulenspiegel Verlag** zur Verfügung stellte. Dankeschön im Namen unserer werbenden Leser.

Außerdem: Wir setzen auf Begegnung und Individualität.
Wir präsentieren LN-Werbern die uns mindestens zu drei neuen Abonnenten verholfen haben die **Backkünste** unserer Chefredakteurin nebst ihrer Gesellschaft – und zum Nachtisch **Flimmernde Entdeckungen** aus unserem Film- und Fernsehlink.

Ihr Nachbar, ihr bester Freund, ihr Arbeitskollege, ihr Onkel (und von all denen natürlich die weiblichen Entsprechungen) warten schon darauf, endlich einen Leipzigs-Neue-Aboschein ausfüllen zu dürfen.

Der steht auf Seite 15 und eignet sich auch hervorragend für ein Geschenkabo.

Und:
Nicht vergessen,
draufschreiben, wer der Werber war!

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 27. Februar, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: ***„Dantons Tod" oder die Aporie der praktischen Vernunft. Zum 170. Todestag Georg Büchners.*** Mit Dr. Michael Masanetz, Leipzig
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 28. Februar, 18.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: ***Der Kuchen wird verteilt – Politik und Wirtschaft in Zentralafrika nach den Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo.*** Mit Dr. Jürgen Kunze, Vorsitz. der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, Leipzig
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 28. Februar, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Diskussion: ***NiP – Nazis in Parlamenten.*** Mit Michael Bergmann, Journalist ***
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 28. Februar, 18 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: ***Erfahrungen aus dem Umsonstladen Jena. Keimzelle und Grenzen für eine andere Gesellschaft.*** Mit Stefan Otto, Jena
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 7. März, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Diskussion: ***Vernunft und Freiheit in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.*** Mit Prof. Dr. Horst Kreschnak, bis 1990 Direktor des Forschungs- und Rechenzentrums der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR.
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 8. März, 18 Uhr, Leipzig
Lesung und Diskussion: ***Mein Herz liegt neben der Schreibmaschine. Ruth Berlaus Leben vor, mit und nach Bertolt Brecht.*** Mit der Autorin Dr. Sabine Kebir, Berlin ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Donnerstag, 8. März, 13 Uhr, Chemnitz
Internationaler Frauentag im Kulturkaufhaus DAStietz „Treff bei Clara": ***Clara Zetkin – eine Frau, die bewegte.*** Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. stellt sich vor.
Kulturkaufhaus DAStietz, Moritzstr. 20

Sonntag, 11. März, 11.30 Uhr, Leipzig
Georg-Maurer-Gedenktag zum 100. Geburtstag. Feststunde im Gohliser Schlösschen, Lesung, Lieder und Tondokumente. Veranstalter: Stadt Leipzig, Kulturamt, Stadtbibliothek, Förderverein Deutsches Literaturinstitut u. a.; gefördert durch Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Kulturstiftung Sachsen u. a.
Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Einladung zum Forum:
Die Nelkenrevolution in Portugal und die heutige Rolle der PCP
mit Dr. Klaus Steiniger, Berlin.
6. März, 18 Uhr, Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15
Veranstalter: Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs", Regionalgruppe Leipzig.

Öffentliche Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS
Thema: *Gespräch mit Bürgermeister Heiko Rosenthal zu seinen Aufgabenbereichen Umwelt, Ordnung und Sport.*
28. 2., 18 Uhr, Seniorentreff, Karl-Heine-Str. 41

ALLE MACHT GEHT (VOM) DEM VOLKE AUS
Der Zustand unserer Demokratie
28. 2., 18 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 52
Vortrag und Diskussion mit Dr. Michael Efler, Mehr Demokratie e. V., Berlin

SZM
Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

1. 3., 19 Uhr, Steffi Böttger – Hans-Georg Türk: ***Vergnügliches und Besinnliches von Curt Goetz: Lohengrin popelt.*** Eintritt: 6 / 3 Euro

Mein treuer und aufrichtiger Freund,
Prof. Dr. Frank Fiedler,
ist nach langer schwerer Krankheit
am 12. Februar 2007
im Alter von 78 Jahren verstorben.

Kurt Schneider

Literaturcafé
anlässlich des Internationalen Frauentages
am 8. 3., ab 10 Uhr
im Abgeordnetenbüro Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120,
mit Leseproben schreibender Frauen der Freitagswerkstatt.
Eintritt frei; zwischendurch wird ein kleines Frühstück gereicht.

Gesicht zeigen gegen rechts!
Wie weiter im Kampf gegen Worch und Co?
Podiumsdiskussion u. a. mit Heiko Rosenthal (Bürgermeister, Linkspartei.PDS)
Donnerstag, 1. 3., 19 Uhr,
Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Str. 21

Carl-Schorlemmer-Apotheke

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Zum heutigen
85. Geburtstag
gratulieren wir unserem Ehrenvorsitzenden,
Prof. Dr. Ernst Springer,
recht herzlich.
Wir danken für die langjährige verdienstvolle Leitung unseres Vereins und wünschen ihm alles Gute, vor allem eine bessere Gesundheit.
Vorstand und Mitglieder des Bundes der Antifaschisten e.V., Sitz Leipzig

WIRTSCHAFTS- UND FINANZBERATUNG
DR. ANNETTE BOENHEIM
Feuerbachstraße 5
04105 Leipzig
Telefon 03 41/4 51 26 10
Mobil 01 78/4 51 26 10
Telefax 03 41/4 42 97 10
www.existenzcoaching.de
info@existenzcoaching.de

Helfen Sie uns, das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,
Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima *Geschenk* für Freunde, Bekannte , Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

..... *Name, Vorname*
..... *Straße, Hausnummer*
..... *PLZ, Ort*
..... *evtl. Telefon*

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.
des Werbers* bzw. Geschenkgebers*
** Nichtzutreffendes bitte streichen*

..... *Kundennummer*
..... *Name, Vorname*
..... *Straße, Hausnummer*
..... *PLZ, Ort*

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

*Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.*

☐ Ich bitte um Rechnung
☐ Ich bezahle durch Bankeinzug

..... *Geldinstitut*
..... *BLZ*
..... *Kontonummer*
..... *Kontoinhaber*
..... *Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers*

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

..... *2. Unterschrift des Auftraggebers*

☐ *Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises*
☐ *Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)*

Solidaritätspreis: ☐ *Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.*

Der Unvollendete ...

... DAS IST KEIN SCHREIBFEHLER. In diesem Fall heisst es tatsächlich nicht: „Die Unvollendete.“ Denn zu bedauern ist ein unvollendeter Geschichtenband: „Das Leben eben“. Begonnen von Manfred Bofinger, dem Erzähler knapper, hintersinniger Texte und Beobachtungen. Die Vollendung verhinderte „Schlafes Bruder“ im vergangenen Jahr . Nur 65 Jahre waren dem Lebensfrohen somit vergönnt. Die zahlreichen Leser und Fans bedauern das. Was werden die zukünftigen Generationen zu Bofinger wissen ? „Einem Mann, der gleichzeitig so erzählen kann, wie er zeichnet. Mit Talent, Entdeckerfreude und Sinn für Pointen.“, schwärmte vor Jahren die Thüringer Allgemeine über seine Kindergeschichten. Bofinger war der „Gott der kleinen Dinge“ gewesen. Das sollte man sich merken. Diese wunderbare Formulierung findet René Strien vom Aufbau-Verlag im Vorwort für dieses unwiderruflich letzte Bofinger-Buch. Übrigens: „Der Unvollendete“ wurde vollendet durch 40 Künstler und Kollegen, die leergebliebene Seiten mit ihren Sichten und Karikaturen ergänzten. Jutta Bauer, Anja Rieger, Ulrich Forchner, Rainer Hachfeld, Harald Kretzschmar, Andreas J. Mueller gehören dazu und würdigen Bofi – wie ihn seine Freunde nannten – unverwechselbar, originell und einmalig.

Rainer Hachfeld erfand diese Schlange mit kessem Stift. Bofingers Beobachtung „Mauerloch“ frozzelt über Ost-West Abenteuer in einer DDR-Telefonzelle und wurde nun vollendet.
Wer steht da nicht alles in der Warteschlange ...

Mit Geschichten brachte er seine Freunde und Leser zum Lachen, aber er hörte auch dankbar und aufmerksam zu, wenn ihm Mann oder Frau etwas Interessantes erzählten.
Seine Ideen und Geschichten überkamen ihn meistens im Bett, dann ging er morgens in sein Atelier oder an den Schreibtisch und verarbeitete sie. Diese letzten Manuskripte und Kiezgeschichten kann er uns nicht mehr selbst vorlesen. Schade. So müssen wir es mit einem weinenden und einem lachenden Auge nun selbst tun. Fast alles zu erfahren, über nagende Haustiere, seltsame Erbstücke, gastronomische Perlen und mancherlei Kuriositäten. **• MIC**

Manfred Bofinger: Das Leben eben.
Aufbau Verlag GmbH,
Berlin 2006.
120 Seiten. 14,90 Euro

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Jeder zweite Einwohner Mocambiques ist jünger als 14 Jahre.
Phoenix 2. 2.

Die Bonner Universitätsbibliothek hat einen Germanistikprofessor wegen Bücherdiebstahls auf 272 000 Euro Schadenersatz verklagt. Ihm wird vorgeworfen 105 wertvolle Bücher entwendet zu haben. Der Professor, der in Bonn habilitierte und heute in Ostdeutschland einen Lehrstuhl inne hat, bestreitet die Vorwürfe.
LVZ 3./4. 2.

Ein Landarzt verbringt mindestens 15 Prozent seiner Arbeitszeit im Auto. 10 Prozent der Kosten für den Landarzt können durch den Einsatz einer Gemeindeschwester eingespart werden. Das sind Erkenntnisse aus einem Pilotprojekt im Land Brandenburg.
ARD 5. 2.

In der 15-Millionen-Metropole Peking sind über zwei Millionen Autos gemeldet. Täglich kommen 1 000 dazu.
DLF 6. 2.

In Berlin sind zur Zeit etwa 7 000 wohnungslose Menschen registriert.
ARD 8. 2.

Die Birthler-Behörde ist ein Jagdverein gegen Ostdeutsche.
Peter-Michael Diestel, 3sat 9.2.

Die Steuereinnahmen der Kommunen in Ostdeutschland sind nicht einmal halb so hoch wie in Westdeutschland.
DLF 9. 2.

Die NATO und die USA sollten Putin für seine starken Worte dankbar sein. Sie sollten ihre Rolle in der Weltpolitik ersthaft überprüfen.
DLF 11. 2.

Die sächsische Landesregierung hat sich Ende vergangenen Jahres von den Fußballfan-Projekten verabschiedet.
ARD 13.2.

Ungefähr neun Millionen Menschen in der BRD haben eine Patientenverfügung verfasst.
Bayrisches Fernsehen 13. 2.

Die Bundeskanzlerin hat eine weitverbreitete Unkenntnis der Bürger über die Europäische Union beklagt. Das ist vielleicht sogar besser so. Wenn die wüssten ...
Eulenspiegel 2/07

• ENTDECKT VON MANFRED ERBE

„Arm am Beutel, krank am Herzen“. Diesen Zusammenhang beschrieb schon Goethe 1797 in seiner ersten Ballade: „Der Schatzgräber.“ Gut zweihundert Jahre später wird diese Wechselwirkung auch in unserer Stadt von Psychologen und Medizinern bestätigt. Unser Leser Fritz Rasenberger aus Elstertrebnitz, stieß bei seinen Recherchen auf eine Schrift v o r Goethe. Ob darin, anno 2007, eine Lösung abzulesen ist ?

Auflösung des Rätsels 3/2007:

waagerecht: 1. Werner; 4. Bande; 9. Muse; 10. Rau; 11. Tauber; 14. Ellen; 15. Palast; 16. Alk; 18. Eber; 20. Thea; 23. Tuba; 26. Dutt; 29. Gna; 31. Tandem; 33. Quirl; 35. Zerben; 36. neu; 37. Naab; 38. Avers; 39. Caruso – **senkrecht:** 1. Witze; 2. Raupe; 3. Esel; 4. Buett; 5. ASL; 6. Nelke; 7. Erna; 8. Puck; 12. Bart; 13. Raub; 17. Lot; 19. Bon; 21. Hinz; 22. Ader; 24. Udine; 25. Atlas; 27. Umbau; 28. Tango; 29. Gang; 30. Aqua; 32. DEFA; 34. rar

EISBERGSALAT

Apropos Geschichte ...

Zwei merkwürdige Eigenheiten der Geschichte bestehen darin, dass sie stets anders verläuft als sie geplant und stets anders geschrieben wird, als sie stattgefunden hat.

Was der Begriff Geschichtsfälschung ausdrücken soll, ist einigermaßen schleierhaft, da es den Begriff Geschichtsschreibung gibt.

R. LOCHNER

Leipzigs NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, *im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben):* 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
20. Februar
Die nächste Ausgabe erscheint am
9. März

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40